



LUDWIG
ERHARD
STIFTUNG

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik 2017

Dokumentation

Inhalt

<i>Roland Tichy</i>	Begrüßung	5
<i>Lars P. Feld</i>	Impulsrede	8
<i>Christian Lindner</i>	Impulsrede	15
<i>Carsten Linnemann</i>	Impulsrede	21
<i>Ulric Papendick</i>	Laudatio Förderpreise	25
<i>Ursula Weidenfeld</i>	Laudatio Hauptpreise	30
<i>Renate Köcher</i>	Ansprache Preisträgerin	35
<i>Marc Beise</i>	Ansprache Preisträger	41
<i>Roland Tichy</i>	Schlusswort	47

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik	49
40 Jahre Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik	54
Die Ludwig-Erhard-Stiftung	55

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik 2017

Redaktion: Andreas Schirmer

Fotos: Dirk Hasskarl

Satz und Druck: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen

Am 22. November 2017 wurde der diesjährige Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik im Rahmen einer Festveranstaltung in Berlin an *Prof. Dr. Renate Köcher*, Geschäftsführerin des Institutes für Demoskopie Allensbach, und *Dr. Marc Beise*, Leiter der Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung, verliehen.

Die Förderpreise gingen an *Jan Grossarth*, Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, an *Prof. Dr. David Stadelmann*, Professor für VWL an der Universität Bayreuth, sowie an ein Team, bestehend aus *Dr. Katharina Derlin*, Redakteurin der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, *Sabine Gurol*, Redakteurin beim RedaktionsNetzwerk Deutschland, *Lisa Malecha*, Redakteurin der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, *Nils Oehlschläger*, Volontär der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, *Isabell Rollenhagen*, Redakteurin beim RedaktionsNetzwerk Deutschland, und *Linda Tonn*, Lokalredakteurin der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung.

Die Laudationes auf die Preisträger sprach *Dr. Ursula Weidenfeld*, Vorsitzende der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik. Die Ansprache auf die Förderpreisträger hielt *Ulric Papendick*, Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik.

Die Preisverleihung fand in den Räumen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Berlin statt.

■ Begrüßung

Roland Tichy

Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zur diesjährigen Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik an *Prof. Dr. Renate Köcher*, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, und an meinen Kollegen *Dr. Marc Beise*, Leiter der Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung.

Wir feiern aber heute auch ein kleines Jubiläum: 40 Jahre Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik. Am 3. Februar, einen Tag vor seinem 80. Geburtstag, wurde der Preis zum ersten Mal in Bonn verliehen. Er beruht auf *Ludwig Erhards* Idee, deswegen gestatten Sie mir, dass ich die Präambel kurz vorlese: „Die Soziale Marktwirtschaft, die *Ludwig Erhard* begründet hat, verlangt Öffentlichkeit und Akzeptanz. Ihr Bestand und ihre Effektivität hängen nicht nur von politischen Entscheidungen ab. Nur solange die Bürger unseres Staates diese Wirtschaftsordnung als wesentlichen Teil ihrer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsverfassung begreifen, wird die Idee der Sozialen Marktwirtschaft lebendig bleiben.“ Und ich glaube, das ist das Entscheidende: Marktwirtschaft ist nicht etwas, was uns verordnet wurde, Marktwirtschaft ist auch nicht etwas, was Politiker für uns machen, sondern Marktwirtschaft ist das, was wir aus ihr machen.

Ludwig Erhard übergab damals die Preise an die drei Preisträger: an *Jürgen Eick*, Mitherausgeber der FAZ, an *Prof. Dr. Wolfram Engels* und an *Diether Stolze*, den Leiter des Wirtschaftsressorts der ZEIT. Mit dem Preis und dem Engagement aller hier in diesem Raum Anwesenden, so *Erhard*, soll auch eine Idee lebendig erhalten werden, soll eine geistige Haltung Ausdruck finden, auf die ein freiheitliches Volk nicht verzichten kann.

In meinem Vokabular der Werte stehen Freiheit, Recht und Ordnung an erster Stelle. Ich weiß sehr wohl, dass ich darauf angewiesen bin, dass viele Frauen und Männer gleichen Geistes und gleicher Gesinnung mir zur Seite stehen müssen, dieses Ideengut lebendig zu erhalten. Ich danke Ihnen als Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, dass Sie uns helfen, diese großen Worte auch 40 Jahre später mit Leben zu erfüllen. Und weil es eben so wichtig ist, dass die Soziale Marktwirtschaft als Idee lebt – nicht als irgendwo bedrucktes Stück Papier oder als virtueller Satz, der in diesem gigantischen Werk der elektronischen Medien verschwindet –, vergibt die Stiftung seit 1991 auch den Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik, mit dem junge Journalisten ausgezeichnet werden.

„Nur solange die Bürger unseres Staates diese Wirtschaftsordnung als wesentlichen Teil ihrer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsverfassung begreifen, wird die Idee der Sozialen Marktwirtschaft lebendig bleiben.“

Die Laudatio auf die ersten Förderpreisträger hielt *Dr. Isabell Mühlfenzl*, die ich herzlich begrüße, die auch heute noch Mitglied der Jury ist und uns heute wieder mit Ihrer Gegenwart beehrt. Auszug aus Ihrer Laudatio von 1991: „Wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Grundstimmung in der Epoche *Ludwig Erhards* von der heutigen Generation nicht mehr geteilt, ja überhaupt nicht mehr nachvollzogen werden kann. Deshalb freue ich mich ganz besonders, wenn junge Journalisten das Gedankengut *Ludwig Erhards*, die Soziale Marktwirtschaft, aufnehmen.“ Wir leben natürlich in einer Zeit, in der, wie immer beim menschlichen Leben, das Selbstverständliche an Wert verliert.

Dass diese Idee lebendig bleibt, dass sie weiter für Wohlstand und Freiheit sorgt – die zwei Seiten einer Medaille –, deswegen erhalten die diesjährigen Förderpreise *Jan Grossarth* von der FAZ, Professor *Dr. David Stadelmann*, der an der Universität Bayreuth lehrt, und ein sechsköpfiges Volontärsteam der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung: *Dr. Katharina Derlin*, *Sabine Gurol*, *Lisa Malecha*, *Nils Oehlschläger*, *Isabell Rollenhagen* und *Linda Tonn*. Wir freuen uns sehr, dass wir mit dieser Auswahl eine großartige Liste von jungen Menschen für uns gewinnen und auszeichnen konnten.

Ulric Papendick, Mitglied der Jury und Leiter der Kölner Journalistenschule für Wirtschaftspublizistik, wird die Laudationes auf die Förderpreisträger halten. *Dr. Ursula Weidenfeld*, Vorsitzende unserer Jury, wird zu uns über die beiden Preisträger sprechen.

„Marktwirtschaft ist nicht etwas, was uns verordnet wurde, Marktwirtschaft ist auch nicht etwas, was Politiker für uns machen, sondern Marktwirtschaft ist das, was wir aus ihr machen.“

Vorher darf ich mit großer Freude unsere Festredner ebenfalls herzlich begrüßen und sie in der Reihenfolge ankündigen, in der sie sprechen werden: *Prof. Dr. Lars Feld*, Direktor des Walter Eucken Instituts, Mitglied der „Wirtschaftsweisen“ und Mitglied der Stiftung. *Christian Lindner*, Bundesvorsitzender der FDP, Mitglied des Deutschen Bundestages – wir begrüßen Sie sehr herzlich in diesen stürmischen Zeiten. *Dr. Carsten Linnemann* MdB, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und Mitglied der Stiftung; ich freue mich, Herr *Linnemann*, dass Sie heute bei uns sind, denn die Zeiten sind für alle eng, gleich welcher parteipolitischer Färbung. Herr *Feld*, Sie haben das Wort. ■

■ Impulsrede

Prof. Dr. Lars P. Feld

Universität Freiburg, Direktor des Walter Eucken Instituts und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



Lieber Herr *Tichy*, lieber Herr *Lindner*, lieber Herr *Linnemann*, verehrte Preisträgerinnen und Preisträger, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude und Ehre, heute zu Ihnen anlässlich der Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises 2017 sprechen zu dürfen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wurde immerhin von *Ludwig Erhard* gegründet. Er war derjenige, der frühzeitig, noch als Bundeswirtschaftsminister, die Ideen aus dem Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft aufgriff und den Sachverständigenrat gegen Widerstände in der eigenen Partei wie in der eigenen Regierung durchsetzte. Insbesondere von *Konrad Adenauer* ist ja das Wort übermittelt: „*Erhard*, woll’n Sie sich ‘ne Laus in’n Pelz setzen?“. Und sehr schnell hat dies *Ludwig Erhard* zu spüren bekommen, nämlich gleich mit dem ersten Jahresgutachten des Sachverständigenrates, in dem die damals schon sogenannten Wirtschaftsweisen mehr oder weniger durch die Blume den Übergang zu einem flexiblen Wechselkurssystem vorschlugen, also die Abkehr vom geltenden Bretton-Woods-System. *Erhard* konnte diesem Vorschlag überhaupt nichts abgewinnen. Er hatte sich erhofft, Unterstützung für seine lohnpolitischen Vorstellungen zu erhalten.

Leider ist es bis heute so, dass der Sachverständigenrat nicht immer liefert, was sich die Politik vorstellt. Das macht seine Unabhängigkeit aus. Gemäß §2 Satz 6 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Sachverständigenratsgesetz) soll er Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen. Fehlentwicklungen beginnen mit falschen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen. In der Erfüllung seines Mandats ist der Sachverständigenrat daher eher Kritiker der Regierungspolitik; er gehört nicht zu den Claqueuren einer Regierung.

„ Leider ist es bis heute so, dass der Sachverständigenrat nicht immer liefert, was sich die Politik vorstellt. Das macht seine Unabhängigkeit aus.“

Der Sachverständigenrat wurde zwar von *Ludwig Erhard* gegründet. Aber sein im §2 Satz 2 Sachverständigenratsgesetz festgelegter Prüfungsauftrag kennzeichnet ihn als ein Kind des Keynesianismus. Demnach soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. Dieses sogenannte magische Viereck der Wirtschaftspolitik findet sich etwas später im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz wieder, das Grundlage für eine antizyklische Wirtschafts- und Fiskalpolitik sein sollte. Noch heute muss man Keynesianisch buchstabieren können, wie der langjährige Vorsitzende des Rates, *Olaf Sievert*, dies in seiner Rede zum 40-jährigen Bestehen des Sachverständigenratsgesetzes treffend formuliert hat, wenn man die diagnostischen und prognostischen Kapitel der Jahresgutachten zur internationalen und zur Deutschlandkonjunktur verstehen möchte. Allerdings, so *Sievert* in dieser Rede, ist der Sachverständigenrat immer zugleich ordnungspolitisch ausgerichtet gewesen. Von Anfang an war sein Bemühen groß, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auf die individuellen Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte zurückzuführen, also eine Mikrofundierung der Makroökonomik zu einem Zeitpunkt anzustreben, als dies noch nicht auf der Agenda der Wirtschaftstheorie stand. Dieses Bemühen gilt bis heute.

Lassen Sie mich dies mit ein paar Beispielen anhand von *Walter Euckens* konstituierenden Prinzipien der Ordnungspolitik illustrieren. Im Zentrum dieser konstituierenden Prinzipien steht die Funktionsfähigkeit des Preissystems; sie macht sozusagen den Kern der marktwirtschaftlichen Ordnung aus. Sie ist zugleich die Grundlage der Analysen des Sachverständigenrates, schon gemäß §2 Satz 2 Sachverständigenratsgesetz. Der Rat legt dies bis heute so aus, dass Verzerrungen des Preissystems kritisch zu prüfen sind. Die Besteuerung, Steuern (fast) jeglicher Art, führt per se zu Verzerrungen. Sie ist jedoch notwendig, um die Staatstätigkeit zu

finanzieren. Also muss man im nächsten Schritt fragen: Wie gestalten wir ein Steuersystem, das mit möglichst wenigen Verzerrungen auskommt?

Subventionen sind vor dem Hintergrund dieses konstituierenden Prinzips *Euckens* von vornherein kritisch zu sehen. Wenn sie den Sachverständigenrat überzeugen sollen, müssen sie wirklich gut gewählt und begründet sein. Das unterscheidet den Rat in der ordnungspolitischen Ausrichtung deutlich von der reinen Wohlfahrtsbetrachtung, wie sie viele Ökonomen vornehmen. Dort sind Subventionen häufig ein funktionales Äquivalent zur Besteuerung, wenn man beispielsweise externe Effekte internalisieren möchte – wie sie prominent in Gestalt von Umweltproblemen auftreten. Der Sachverständigenrat hat sich zum Beispiel äußerst kritisch zur Förderung erneuerbarer Energien im Rahmen des EEG – wenngleich formal keine Subventionierung, aber doch faktisch – geäußert. Der Rat sieht diese Förderung bis heute als Streichkandidaten für eine marktwirtschaftlich orientierte Energiepolitik und schlägt stattdessen eine preisliche Lösung vor, also etwa die Stärkung des Emissionshandels in der Europäischen Union (EU-ETS) oder eine CO₂-Steuer.

Ähnliches gilt beim Thema Mindestlöhne: Wenn der Staat direkt in den Markt eingreift und Preise gesetzlich festlegt, dann ergibt sich daraus entweder eine Überschussnachfrage oder ein Überschussangebot. Bisher sehen wir nur geringe Auswirkungen des Mindestlohngesetzes im letztgenannten Sinne. Aber das liegt nicht zuletzt daran, dass die vorzügliche Konjunktur die Effekte des Mindestlohnes überlagert. Eine Studie des IAB belegt zwar einen Arbeitsplatzverlust von 60 000 Stellen durch den Mindestlohn im ersten Jahr nach seiner Einführung. Angesichts der dynamischen Wirtschaftsentwicklung tritt ein solcher Effekt jedoch in den Hintergrund. Solange uns keine Ergebnisse vorliegen, die wirklich sauber über den Konjunkturzyklus hinweg identifizieren, wie die Effekte der Mindestlöhne sind, bleibt der Rat kritisch. Dies gilt ebenso für kleinere Eingriffe wie die Mietpreisbremse, die letztlich angesichts ihres Designs keine großen Auswirkungen hatte.

Das zweite konstituierende Prinzip *Euckens* ist das Prinzip des Privateigentums. Hier plädiert der Sachverständigenrat regelmäßig dafür, staatliche Wirtschaftsaktivität zu hinterfragen und Privatisierungsmöglichkeiten zu suchen. Dies gilt nicht nur für die großen Netzindustrien – Stichworte: Telekom, Deutsche Bahn –, sondern vor allem für die weitreichenden wirtschaftlichen Aktivitäten auf der kommunalen Ebene. So hat in den vergangenen Jahren eine Rekommunalisierung im Energiebereich stattgefunden, welche die Bürger teuer zu stehen kommt. Besonders kritisch wird es, wenn die Stadtwerke einer Stadt Mehrheitseigner eines hochdefizitären Regionalflughafens sind. Die zusätzlichen finanziellen Risiken bedrohen dann die Schuldentragfähigkeit solcher Städte und Gemeinden.

Drittes konstituierendes Prinzip ist die Vertragsfreiheit. Staatliche Eingriffe, welche die Vertragsfreiheit verletzen, sind vielfältig. Der Staat tut dies ganz simpel in Form von Ver- oder Geboten. Betrachtet man im Hinblick darauf die aktuelle umweltpolitische Diskussion, so sind unmittelbare Vorgaben, wie zum Beispiel der

Kohleausstieg, kaum mit Marktwirtschaft zu vereinbaren. Für die Klimapolitik legt der Sachverständigenrat allgemein eine Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien nahe. Die kleinteiligen Klimapläne, mit denen der Staat versucht, bis in die Details des Wirtschaftens einzugreifen, sind zum Scheitern verurteilt, wie andere planwirtschaftliche Vorhaben zuvor. Richtig wäre eine Sektorkopplung im wahren Sinne, nämlich indem einheitliche Preise für schädliche Emissionen, also in diesem Fall die CO₂-Emissionen, verlangt werden. Zu bedenken ist zudem, dass die Klimaerwärmung ein internationales Klimaproblem ist. Wir müssten also darauf hinwirken, internationale Vereinbarungen zur Reduktion der CO₂-Emissionen zu erreichen. Ich bin bis heute nicht von der Vorreiterrolle Deutschlands überzeugt. Aber wenn wir uns diese Kosten als Vorreiter zumuten wollen, dann bitte nicht durch Subventionen, Verbote, Gebote und Klimapläne bis ins kleinste Detail. Dann sollen bitte alle mit einer CO₂-Steuer für die Vorreiterrolle zahlen. Dann würde jeder sehen, was ihn die Vorreiterrolle kostet.

„Ein neuer Protektionismus ist aufgekommen. Es braucht nicht den Verweis auf Präsident *Trump* und den Slogan „America first“; dies ist nur die Spitze des Eisberges. Überall auf der Welt nimmt der Protektionismus zu. Deutschland trägt seinen Teil dazu bei, man denke an die Verschärfung des EU-Entsenderechts.“

Viertes konstituierendes Prinzip *Euckens* ist die Forderung nach offenen Märkten. *Eucken* war ein Verfechter des Freihandels. Bis vor Kurzem konnte man davon ausgehen, dass die Globalisierung weitergeht. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 stellen wir jedoch eine erhebliche Zunahme protektionistischer Maßnahmen fest. Ein neuer Protektionismus ist aufgekommen. Es braucht nicht den Verweis auf Präsident *Trump* und den Slogan „America first“; dies ist nur die Spitze des Eisberges. Überall auf der Welt nimmt der Protektionismus zu. Deutschland trägt seinen Teil dazu bei, man denke an die Verschärfung des EU-Entsenderechts. Dabei geht es letztlich darum, die Kosten der Rivalen anzuheben. Das alte Entsenderecht zwang ein entsendendes Unternehmen im Herkunftsland dazu, den geltenden gesetzlichen oder Branchen-Mindestlohn in dem Land zu zahlen, in das Arbeitnehmer entsendet wurden. Das neue Entsenderecht erlaubt es, markt- oder branchenübliche Löhne durchzusetzen. Das sind entweder Durchschnittslöhne oder die tariflichen Löhne, die dort festgelegt sind. Dies bedeutet letztlich, dass ein entsendendes Unternehmen weniger wettbewerbsfähig wird und für die Unternehmer vor Ort zu einer schwächeren Konkurrenz wird. Die Verschärfung des Entsenderechts ist ein klarer Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit in der Europäischen Union, wir müssen nicht auf die Briten und ihren Brexit zeigen, mit ihrem Ziel, die Freizügigkeit zu beschränken, wenn wir selbst so an die Dienstleistungsfreiheit herangehen.

Jetzt komme ich zum Haftungsprinzip, das modern auszulegen schwieriger ist, als es scheint. Es hört sich immer so einfach an, Entscheidung und Kontrolle zusammenzubringen. Der Sachverständigenrat hat im Zuge der Eurorettung regelmäßig betont: Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist ein wesentliches und wichtiges Element der Architektur der Europäischen Währungsunion (EWU). Wenn man die Nichtbeistandsklausel in den europäischen Verträgen ernst nimmt, bedeutet dies letztendlich, dass ein Staat, der finanzielle Schwierigkeiten bekommt, in die Insolvenz gehen, also seine Schulden umstrukturieren können muss. Die Vorstellung, mit einer staatlichen Insolvenzordnung diese Umschuldung in geordneten Bahnen halten zu können, springt zu kurz. Zusätzlich ist es zumindest erforderlich, dass das Bankensystem eine solche Staatsinsolvenz verkraften kann. Der Bankenunion kommt also eine wesentliche Rolle zur Wiederherstellung des Haftungsprinzips zu.

Jeder Unternehmer, der schon einmal umschulden musste, weiß zudem: Wenn sein Geschäftsmodell trägt, dann ist eine Bank bei Zahlungsschwierigkeiten bereit umzuschulden. Weil die Bank am Ende daran verdienen möchte, wird sie zusätzlich bereit sein, Liquidität zur Verfügung zu stellen. Ein Krisenmechanismus wie der ESM macht nichts anderes, als Umschuldungen durch Collective Action Clauses zu erleichtern und Liquidität zu liefern, bei der im Gegenzug bestimmte Auflagen eingehalten werden müssen. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Mitgliedstaaten, die bisher solche Programme eingehen mussten, so schlecht gefahren sind. Wir haben im Falle Griechenlands durchaus noch Probleme. Die anderen drei Staaten aber, die diese Programme in Anspruch nehmen mussten, sind auf gutem Wege, die Wirtschaftskrise endgültig hinter sich zu lassen. Dieser Mechanismus hat also einigermaßen funktioniert. Er entwickelt die Europäische Währungsunion fort und stärkt letztlich das Haftungsprinzip.

Das gilt nicht für Vorstellungen, wie sie gegenwärtig auf Basis des Vorstoßes des französischen Präsidenten *Macron* unter dem Stichwort Fiskalkapazität geäußert werden. Da werden viele unterschiedliche Maßnahmen gefasst, beispielsweise eine europäische Arbeitslosenversicherung für den Fall, dass Arbeitslosigkeit besonders stark ansteigt, oder sogenannte Schönwetter-Fonds, die irgendwo angesiedelt sein sollen – bei der Europäischen Kommission oder beim ESM –, und einem Mitgliedstaat finanzielle Mittel für eine expansive Fiskalpolitik in Krisenzeiten zur Verfügung stellen sollen. All dies ist problematisch, weil damit eindeutig gegen das Haftungsprinzip verstoßen wird.

Die Vorstellung, die Finanzminister *Schäuble* geäußert hatte, war ein europäischer Finanzminister, der Durchgriffsrechte auf die Haushalte souveräner Mitgliedstaaten hat, und zudem über ein Budget verfügt, um in bestimmten Fällen stützend eingreifen zu können. Herr *Schäuble* hat in den vergangenen Jahren zugleich erleben müssen, was die Länder der Bundesrepublik Deutschland mit ihm angestellt haben. Sie sind nun zwar keine souveränen Mitgliedstaaten, aber sie sind haushaltsautonom und haben durchaus ein gewisses Ausmaß an Souveränität

im deutschen Bundesstaat. Bisher hat dort das Durchgreifen des Bundes auf die Länderhaushalte nicht funktioniert. Vielmehr greifen die Länder auf die Fiskalkapazität des Bundes mehr oder weniger unverhohlen zu, nicht zuletzt um zusätzliche Bundesmittel für eine Politik zu bekommen, für die man selbst zuständig ist. Kürzlich konnte man – parteiübergreifend – beobachten, wie die Ministerpräsidenten *Armin Laschet* und *Winfried Kretschmann* zusätzliche Mittel des Bundes für die Bildungspolitik verlangten, ohne jedoch das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik zur Disposition stellen zu wollen. Die Länder wollen keine Einsprüche über die Verwendung der Mittel akzeptieren. Es ist zu befürchten, dass ein solches Verhalten auf europäischer Ebene noch stärker ausgeprägt wäre, wenn es eine Fiskalkapazität geben würde, weil Eingriffsrechte, wie man sie eigentlich bräuchte, nicht glaubwürdig eingerichtet werden können.

„Vielmehr greifen die Länder auf die Fiskalkapazität des Bundes mehr oder weniger unverhohlen zu, nicht zuletzt um zusätzliche Bundesmittel für eine Politik zu bekommen, für die man selbst zuständig ist.“

Damit sind wir beim sechsten Prinzip, dem Primat der Währungspolitik. Auch da mahne ich zur Vorsicht, ähnlich wie beim ESM und dessen Beurteilung. Wir sind im Sachverständigenrat kritisch, was die EZB-Politik anbetrifft, aber nicht in einer Form grundsätzlicher Kritik. Wir kritisieren nicht, dass an der Nullzins-Grenze eine unkonventionelle Geldpolitik mit Anleihekäufen betrieben wird. Das ist eine Politik, die der Rat im Grundsatz für vertretbar hält. Kritisch ist vielmehr das Ausmaß der geldpolitischen Expansion, die mit Anleihekäufen bis in den September 2018 fortgesetzt wird, obwohl die Wirtschaft im Euroraum angesprungen ist und die Inflation sich langsam berappelt. Das Inflationsziel ist unter zwei Prozent und liegt geschätzt bei 1,7 oder 1,8 Prozent. Das heißt, wir können der Geldpolitik der EZB bisher nicht vorwerfen, dass sie ihr Mandat verletzt hätte. Wenn die Dynamik bei der Inflation zurück ist, muss jedoch eine frühzeitige Reaktion erfolgen, damit die Inflation nicht über zwei Prozent steigt. Dahingehend agiert die EZB zu vorsichtig.

Ich komme zum letzten konstituierenden Prinzip, der Konstanz der Wirtschaftspolitik. Mittlerweile diskutiert man diese unter dem Stichwort Regelorientierung. In der Politik wird häufig zeitinkonsistent entschieden. Man nimmt sich vor, wenn es wirtschaftlich besser läuft, die richtigen Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel den Bundeshaushalt zu konsolidieren. Wenn es dann besser läuft, ist man nicht in der Lage dazu. Kasse macht sinnlich, die Begehrlichkeiten schießen ins Kraut; genau wie der Raucher, der sich vornimmt, zum 31. Dezember mit dem Rauchen aufzuhören, aber am 1. Januar schon wieder an Zigaretten denkt. Üblicherweise helfen Regeln in dieser Hinsicht, glaubwürdige Politik zu erreichen. Zwei Regeln der Makroökonomik, die bislang einigermaßen gut funktioniert haben, sind

die Unabhängigkeit der Notenbank und fiskalpolitische Regeln wie die deutsche Schuldenbremse.

Einer meiner früheren Kollegen im Kronberger Kreis, *Wernhard Möschel*, hat mich regelmäßig darauf hingewiesen, dass wir Ökonomen zu sehr an die Wirkung von Regeln glaubten. Als Jurist wisse man, wenn Macht auf Recht trifft, zieht das Recht den Kürzeren. Ergo: Versuchen Sie darüber nachzudenken, wie Regeln sein müssen, die am Ende einen sich selbst verstärkenden Mechanismus enthalten, sozusagen sich selbsterfüllende Regeln. Das ist im Design leider nicht so einfach, wie das, was man in Gesetze schreibt.

„ In der Politik wird häufig zeitinkonsistent entschieden. Man nimmt sich vor, wenn es wirtschaftlich besser läuft, die richtigen Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel den Bundeshaushalt zu konsolidieren. Wenn es dann besser läuft, ist man nicht in der Lage dazu.“

Nicht zuletzt gilt dies – abschließend – auch für die Steuerpolitik, die ich vorher schon einmal angesprochen habe. Ich verstehe nicht, dass man nicht rechtzeitig Vorkehrungen für eine Reduktion des Solidaritätszuschlags trifft, bevor seine Verfassungswidrigkeit durch das Bundesverfassungsgericht festgestellt ist. Steuerpolitische Diskussionen sind fast nur noch verteilungspolitisch. Der Solidaritätszuschlag greift letztlich durch seine Progressionswirkung insgesamt stärker bei den Besserverdienenden zu, er verstärkt die Progressionswirkung des Einkommenssteuertarifs. Beim Vorwurf, Besserverdienende würden bei seiner Abschaffung besonders begünstigt, wird allerdings vergessen, dass diese Besserverdienenden in den gut 25 Jahren, die wir diesen Solidaritätszuschlag jetzt schon haben, überproportional stark an der Finanzierung der Wiedervereinigung teilhatten. Hätte man den „Soli“ mit einem Ablaufdatum versehen, hätten wir vielleicht eine bessere Situation. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. ■

■ Impulsrede

*Christian Lindner MdB
Bundesvorsitzender der FDP*



Verehrte Damen, meine Herren,

ich habe auf dem Weg hierher noch kurz nachgeschaut, was die aktuelle Medienberichterstattung ist, und dort wurde ein Gastbeitrag des morgigen Tages angezeigt, der in der Tageszeitung „Die Welt“ erscheint. Der Beitrag beschäftigt sich mit aktuellen Fragen der Regierungsbildung in Deutschland, und er endet wie folgt: „Aber wenn am Ende wieder eine GroKo regiert, interessiert sich niemand mehr für die Ansichten und Grundsätze der FDP.“ Und weiter: „Vielleicht sollte sie sich dann mit so einflusslosen Einrichtungen wie der Ludwig-Erhard-Stiftung vereinigen, und gemeinsam den Elfenbeinturm der Marktwirtschaft bewohnen.“ Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass ich heute Abend wenigstens im Elfenbeinturm der Marktwirtschaft zu Gast sein darf.

Herr Professor Feld, Sie haben gesagt, dass Sie gespannt seien, wie es zu den Ereignissen des Sonntagabends gekommen wäre. Nachdem ich Ihren Beitrag hier gehört habe, muss ich sagen, Sie haben eigentlich schon ganz gut verstanden, warum es so kam, wie es kommen musste. Ich will diesbezüglich deshalb gar nicht in die Details gehen, sondern eine abstrakte marktwirtschaftliche Betrachtung vortragen – in fünf wirklich auch nur kurzen Kapiteln.

Hier vorne steht, dass nur eine an der Freiheit orientierte Politik Wohlstand schaffen kann. Formulieren wir noch ein wenig anders: Nur eine an Freiheit orientierte Politik kann Fortschritt sichern, denn in keiner Gesellschaft ist das Wissen über die Verfügbarkeit der Ressourcen oder über die Wünsche der Menschen oder über die beste Technologie an einer Stelle exklusiv vorhanden. Wenn an einer Stelle exklusiv gewusst würde, was Menschen wollen, was an Ressourcen verfügbar ist, und welche Technologie sich durchsetzt, dann bräuchten wir keine Freiheit mehr, dann könnte von einer Stelle aus geplant werden, dann wäre es möglich, am grünen Tisch zu entwerfen.

Wenn man davon ausgeht, dass das Wissen in einer Gesellschaft eben nicht an einer Stelle vorhanden ist, sondern dass es geschöpft wird im täglichen Miteinander der Millionen Einzelentscheidungen, die wir gemeinsam zu treffen haben, dann braucht man die Freiheit als Hebel für den Fortschritt und damit auch für überlegene Problemlösungen, die wir dann am Ende Wohlstand nennen. In Deutschland ist eine so systematisch an der Freiheit orientierte Politik bedauerlicherweise Mangelware seit einiger Zeit, und zwar nahezu in jedem Bereich. Nehmen Sie das auch hier in Berlin bestehende Problem der Wohnungsknappheit, beziehungsweise der überhitzten Wohnungsmärkte mit steigenden Mieten. Die Antwort darauf müsste ja sein, dass mehr gebaut wird, dass es Anreize für Investoren gibt, dass wir die Bautätigkeit anregen. Beispielsweise dadurch, dass wir Verunsicherungen vermeiden, dass wir erlauben, dass der Preis die Attraktivität für Investoren anzeigt.

„In Deutschland ist eine so systematisch an der Freiheit orientierte Politik bedauerlicherweise Mangelware seit einiger Zeit, und zwar nahezu in jedem Bereich.“

Auch an anderen Stellen unseres politischen Entscheidens werden wir Zeugen, dass immer stärker eingegriffen wird, immer tiefer eingegriffen werden soll in den Marktprozess. Professor *Feld* sprach bereits die Klimapolitik an, von der ich glaube, dass sie gegenwärtig der größte Zugriff auf die wirtschaftliche Freiheit ist. Ich stelle die Klimaschutzziele nicht in Frage, auch den Klimawandel und seine anthropogene Ursache ziehe ich nicht in Zweifel. Nur ich stelle mir die Frage, wie wir die Klimaschutzziele am besten, am effizientesten, mit den geringsten sozialen Verwerfungen erreichen. Ist dann die Elektromobilität und der frühzeitige Verzicht auf Kohle, der richtige Weg? Was wird der Ersatz sein?

Ich weiß nicht, ob die Elektromobilität die Antwort ist auf emissionsfreie individuelle Fortbewegung. Vielleicht ist es ein synthetischer Kraftstoff, der im herkömmlichen Verbrennungsmotor in einem klimaneutralen Kreislauf verwendet wird, aber ich bin kein Naturwissenschaftler. Ich weiß nur eins – die Kollegin *Katrin Göring-Eckardt* hat Theologie studiert, sie hat gelernt, fest an etwas zu

glauben – aber das ist noch keine technologische Antwort. Deshalb sollten wir genau solche Fragen wieder in die Hände von Naturwissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern geben. Die Politik sollte sich darauf konzentrieren, die demokratischen Ziele für diese Politik vorzugeben, und nicht den Weg schon zu bestimmen.

Zweitens: Das Haftungsprinzip hat auch uns beschäftigt, insbesondere im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion. *Professor Feld* ist auf den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Vorschläge von neuen Fazilitäten eingegangen. Ja, die FDP hat in einem Anfall von Orthodoxie die Abschaffung des ESM in ihr Wahlprogramm aufgenommen, das war unser Verbrennungsmotorverbot 2030. Jede Partei hat so etwas im Programm. Es ist ja vielleicht auch aus einer grundsätzlichen Perspektive wünschenswert, das war aber kein Konfliktpunkt in den Gesprächen, die wir in den letzten Wochen geführt haben. Die FDP hat so viel Staatsklugheit aus Jahrzehnten politischer Verantwortung in sich gespeichert, dass man unterscheiden kann zwischen dem, was man als Grundprinzip ins Schaufenster stellt, und jenem, was im tatsächlichen Regierungshandeln auch erreichbar ist, solange die absolute Mehrheit verfehlt wird.

Der ESM bleibt also bestehen, oder sollte bestehen bleiben, auch nach unserer Überzeugung, als Instrument der Krisenintervention, gewissermaßen als Feuerwehr, aber gebunden an klare Bedingungen: wann ein Programm beschlossen wird, unter welchen Bedingungen es fortgesetzt und wie es beendet wird. Hier tobt gegenwärtig in der Wirtschafts- und Währungsunion eine politische Auseinandersetzung. Es gibt starke Kräfte – nicht nur in Paris, sondern auch bei uns –, die diese finanzpolitische Eigenverantwortung infragestellen, durch rainy day funds oder durch eine Liquiditätslinie beim ESM. Läuft die Wirtschaft nicht so gut oder gibt es einen externen Schock, wird kein Programm beantragt, sondern dann gibt es per Handaufheben Geld aus einem europäischen Topf. Völlig klar ist doch, dass es dann nur noch Krisen gibt, dass der Ausnahmezustand zum Normalfall wird, dass in einem solchen Fall schon ein wirtschaftliches Ungleichgewicht zum Skandalon wird, das dauerhaft ausgeglichen werden muss. Was als Liquiditätshilfe gedacht ist, wird dadurch irgendwann zum Finanzausgleich auf europäischer Ebene werden. Deshalb ist es nicht ratsam, das einzugehen.

Das zweite Thema unter Haftungsgesichtspunkten, über das gegenwärtig ebenfalls in der Wirtschafts- und Währungsunion gestritten wird, ist die Frage der Bankenunion. Es war geplant für die 2020er Jahre. Plötzlich wird in diesem Dezember mit einem ganz anderen Fahrplan über eine Bankenunion in Europa beraten. Ich persönlich bin skeptisch, was jede Form der Vergemeinschaftung von Risiken des privaten Finanzsektors angeht. Ich bin deshalb skeptisch, weil im Zweifel die immer noch nationale Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik bestimmt, in welchem Zustand sich der private Finanzsektor befindet. Wegen dieses starken Einflusses der nationalen Realpolitik auf den privaten Finanzsektor ist es nicht

ratsam, einen Teil der Folgen nationaler Politik, wenn auch nur über den Umweg des privaten Finanzsektors, europäisch zu poolen.

Wenn man jetzt davon absieht, dann muss mindestens gewährleistet sein, dass erstens diejenigen Banken, die in eine solche Bankenunion mit gemeinsamer Einlagensicherung eintreten, keine alten Risiken mit in ein solches System bringen. Ich erinnere daran, dass im vergangenen Jahr norditalienische Banken mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gerettet worden sind, von denen die EZB in ihrem Stresstest noch gesagt hat, sie seien sozusagen besenrein. Zum Zweiten: Ist es überhaupt sinnvoll, Banken in ein gemeinsames Einlagensicherungssystem zu überführen, wenn sie noch mit Staatsanleihen des eigenen Landes vollgepumpt sind, die bilanziell nicht durch Eigenkapital gesichert sind? Da würde ein Schneeballsystem entstehen, und deshalb wäre für die FDP eine solche Bankenunion zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zustimmungsfähig auf der europäischen Ebene. Nennen Sie es, wie Sie wollen, ich nenne es rote Linie, die im Übrigen auch von CDU/CSU geteilt wurde. Nun, darauf war keine Verständigung möglich, deshalb ging es in den Korb der Fragen, die strittig waren.

„ Ich finde, das ist nicht nur eine Frage der ökonomischen Klugheit, sondern auch der politischen Glaubwürdigkeit aller Parteien, dass der Solidaritätszuschlag dann entfällt, wenn der Grund dafür entfallen ist.“

Dritte Bemerkung: Unsere wirtschaftliche Stärke basiert auf Exporterfolgen. Wir sind stolz darauf, dass Made in Germany in der ganzen Welt einen guten Namen hat, auch im Automobilbereich. Daran werden wir anknüpfen, dessen bin ich mir sicher. Wir sind eine exportabhängige Wirtschaft, wir leben vom freien Handel und von offenen Märkten. Wenn Globalisierung eine Realität ist, die wir verteidigen wollen, dann müssen wir uns gegen jede Form des Protektionismus wenden. Und wenn wir die Globalisierung gestalten wollen: Wie wollen wir das tun, wenn nicht zunächst über bi- und multilaterale Verträge – zumindest, solange die Welthandelsorganisation nicht handlungsfähig ist oder wir keine Weltregierung haben, die für die Durchsetzung von sozialen und ökologischen Standards sorgt? Globalisierung braucht Regeln. Solange das nicht in einem gemeinsamen, internationalen Mechanismus möglich ist, sind wir eben auf bi- und multilaterale Abkommen angewiesen. Prototyp des Freihandelsabkommens des 21. Jahrhunderts ist unsere Vereinbarung mit Kanada – eine Gesellschaft, die hinsichtlich ihrer Zivilisiertheit und Liberalität, der Zähmung von Marktkräften, der Toleranz, die europäischste außerhalb von Europa ist. Ausgerechnet dieses Freihandelsabkommen, CETA, sollte in Deutschland nicht ratifiziert werden.

Viertens: Herr *Feld*, Sie gehören dem Sachverständigenrat an. Der Sachverständigenrat hat sich mit einem Gutachten an die politische Öffentlichkeit, an die Bundesregierung gewandt. Das habe ich sehr aufmerksam gelesen, und insbesondere habe ich wahrgenommen, dass Sie in Zeiten der Hochkonjunktur davor gewarnt haben, beispielsweise über Abschreibungen oder Subventionen in unserem Wirtschaftszyklus zu Überhitzungen beizutragen, da die Kapazitäten schon ausgelastet sind. Ich bin auch ein Freund von degressiver AfA bei Wirtschaftsgütern. Auch im Immobilienmarkt sind wir offen für lineare oder degressive Abschreibungen. Wenn Kapazitäten ausgelastet sind, wird ein Mehr an öffentlichen Investitionen oder Verbesserungen bei Abschreibungen nur zu einem führen – steigenden Preisen.



Christian Lindner und Carsten Linnemann

Der Sachverständigenrat hat anderes vorgeschlagen: jetzt einzusteigen in eine Politik der Steuerentlastung. Das Stichwort Solidaritätszuschlag ist gefallen; der Deutsche Bundestag kann allein, ohne auf den Bundesrat angewiesen zu sein, nur über den Solidaritätszuschlag entscheiden. Alles andere ist zustimmungspflichtig. Der Solidaritätszuschlag steht also im Fokus. Ich finde, das ist nicht nur eine Frage der ökonomischen Klugheit, sondern auch der politischen Glaubwürdigkeit aller Parteien, dass der Solidaritätszuschlag dann entfällt, wenn der Grund dafür entfallen ist. Nun kann man über einige wenige Jahre sprechen, 2019, 2020, 2021, aber irgendwann muss er wegfallen. Für alle, weil alle haben ihn ja auch gezahlt, er ist kein Instrument der Umverteilung. Für Umverteilung und Verteilungspolitik insgesamt haben wir ein linearprogressives Steuersystem, und nicht die Ergänzungsabgabe.

Die maximale Entlastungssumme lag in unseren Sondierungen bei vier bis sechs Milliarden Euro. Es wird zudem behauptet, 75 Prozent der Zahler wären entlastet worden, wenn die Entlastung bei sechs Milliarden Euro gelegen hätte. Die Gesamtsumme des Solidaritätszuschlags von privaten und juristischen Personen beträgt aber 20 Milliarden Euro. Das scheint auf den ersten Blick wie ein großer Schluck aus der Pulle, aber der Gesamtstaat wird 2021 rund 150 Milliarden Euro mehr Gesamteinnahmen haben als im Jahr 2016. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber bei 150 Milliarden Euro Mehreinnahmen sollten doch 20 Milliarden Euro Verzicht vonseiten des Staates möglich sein. Es sollten nicht immer nur Bürgerinnen und Bürger sein, die sich nach der Decke strecken, sondern es ist auch empfehlenswert für den Staat, Disziplin zu üben und sich bei Fantasien zu bremsen, welche neue Subvention, welche neue soziale Aufgabe, welcher neue staatliche Standard entwickelt werden soll.

Damit komme ich zum Ende und rufe uns *Friedrich August von Hayek* in Erinnerung. Er hat aufgezeigt, was die Freiheit bedroht. Für ihn war es nicht der Sozialismus, waren es nicht die Sozialisten, die die marktwirtschaftliche, freiheitliche Ordnung gefährden. Die Bedrohung sei, wenn Konservative nicht zu ihren Grundsätzen stünden und mit Sozialisten falsche Kompromisse schlössen. Nun sind die Grünen keine Sozialisten, und die CDU ist keine konservative Partei mehr, aber trotzdem muss man aufpassen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. ■

■ Impulsrede

Dr. Carsten Linnemann

Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU



Sehr verehrte Damen und Herren, lieber Herr Tichy,

in diesem Jahr gab es Ende Januar in Siegen einen viel beachteten Vortrag. Volles Haus, überbucht. Titel: „Rückbesinnung auf *Ludwig Erhard*“, Untertitel „Soziale Marktwirtschaft im digitalen Zeitalter“. Wir sollten uns freuen, wir Marktwirtschaftler, volles Haus, eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft, endlich. Die Geschichte hat einen Haken. Die Vortragende hieß *Sahra Wagenknecht*. Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss sich schon die Frage stellen, auch ernsthaft: Wie weit ist es gekommen, dass mittlerweile die oberste Linke Deutschlands in ihren Ausführungen sich auf *Ludwig Erhard* bezieht? Übrigens ist es nicht nur sie, ich bin ja froh, dass die FDP zurück ist, damit wir noch eine weitere Partei im deutschen Bundestag haben, die die Soziale Marktwirtschaft versteht. Denn in den letzten Jahren gab es viele Politiker, gleich welcher Couleur, die ihre Konzepte ohne jede Berechtigung mit Sozialer Marktwirtschaft begründet haben. Soziale Marktwirtschaft musste für alles herhalten, ein geflügeltes Wort, willkürlich benutzt für alles. Das war die schlechte Nachricht. Die gute Nachricht – *Christian Lindner* hat es gesagt –: es gibt die Ludwig-Erhard-Stiftung, und es werden heute Abend Preisträger geehrt, die die Soziale Marktwirtschaft verstehen und sich mit Wucht für sie einsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren: Warum wird die Soziale Marktwirtschaft missbraucht? Meines Erachtens ist es das Wort sozial. Das Wort sozial klingt warmherzig. Marktwirtschaft klingt für viele Menschen kalt. Viele Menschen glauben, in einer Marktwirtschaft kann jeder machen, was er will. Aber das Gegenteil ist richtig, die Freiburger Schule sprach nicht nur von einem starken Staat, den es braucht, um die Wettbewerbsregeln sicherzustellen, sondern sie sprach auch von einem Schiedsrichter, der diese Regeln nicht nur sicherstellt, sondern Regelverstöße auch ahndet. Genau hier liegt der Hase im Pfeffer, denn provokant formuliert erleben wir schon seit langem eine Situation, in der sich der Schiedsrichter zuweilen zum engagierten Mitspieler entwickelt hat.

Nehmen Sie das Beispiel soziale Ungerechtigkeit. Gibt es die? Ja, sie gibt es. Jenseits der Einzelschicksale. Aber warum existiert sie? Weil wir uns meines Erachtens zu wenig an die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft halten. Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Lassen Sie mich kursorisch auf zwei, drei Punkte eingehen. Nehmen wir das Thema Preismechanismus. Am Markt ist es so – ich trage jetzt Eulen nach Athen –, dass die Leistung des Einzelnen über den Preis honoriert wird. Beim Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) treten wir dieses Prinzip mit Füßen. Da macht nicht der Markt die Preise, sondern wir im Deutschen Bundestag mit dem Händehaben. Jetzt muss man sich das mal vorstellen, ja, je mehr Erneuerbare Energie man ausstößt, desto geringer sollte der Preis sein, aber: desto höher ist Subvention, faktisch eine Umverteilung von unten nach oben. Diejenigen, die ein Haus mit Photovoltaikanlage haben, profitieren; diejenigen, die zur Miete wohnen, zahlen das Ganze.

„Ich bin der festen Überzeugung, dass Risiken derzeit unterschätzt werden und es sich rächen wird, wenn wir jetzt nicht die Dinge angehen, die wir angehen müssen, damit es uns in 10, 15 Jahren auch noch gut geht.“

Thema Privateigentum: Auch da muss die Leistung des Einzelnen so honoriert werden, dass man in der Lage ist, Privateigentum zu bilden, um sich dadurch unabhängig vom Staat zu machen. Wenn es aber so ist, dass 60 Prozent der Sparkassenkunden in Deutschland am Monatsende kaum noch Geld vom laufenden Gehalt zur Verfügung haben, um überhaupt zu sparen, dann haben wir ein Problem. Das geht, zugespitzt formuliert, soweit, dass wir vielen Menschen das Geld erstmal wegnehmen, sie in die Bedürftigkeit schicken, um sie dann hinterher mit 140 familienpolitischen Programmen wieder zu unterstützen. Das ist nicht mein Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft.

Beim dritten Punkt, Herr *Feld*, bin ich eher bei *Christian Lindner*. Die positive Situation in Südeuropa ist meines Erachtens konjunkturell bedingt, bei den Lohnstückkosten

erleben wir keine klare Kehrtwende, die industrielle Basis ist weiter schwach, und im Falle Griechenlands müssen wir aufpassen, dass wir keine Nachahmeffekte bekommen. Auch hier zugespitzt formuliert: Ein Rettungsschirm kann nicht so funktionieren, dass, wenn man sich an Bedingungen hält, Geld bekommt, und wenn man sich nicht an Bedingungen hält, trotzdem Geld bekommt. Deshalb hat noch nie eine Währungsunion auf diesem Globus ohne politische Union funktioniert, ohne Durchgriffsrechte. Das Problem ist nur, wir haben schon die Währungsunion. Jetzt eine politische Union draufzusetzen, das kann man gern auf wissenschaftlichen Fluren diskutieren, ich glaube, in der Praxis ist es unglaublich schwierig. Man hat den zweiten Schritt gemacht, bevor man den ersten gegangen ist. Es ist ähnlich, als ob Sie aus einem Rührei wieder ein Spiegelei machen wollen. Deshalb plädiere auch ich dafür, dass wir eine Staateninsolvenzordnung brauchen, wo es klare Regeln gibt für die Gläubigerhaftung. Erste Ansätze mit den „Collective action clauses“ haben wir. Aber eines muss meiner Meinung nach noch klarer werden: Kommt ein Staat unter den Rettungsschirm, muss am Ende des Tages entweder die Sanierung stehen oder der Austritt. Alleine das Vorliegen einer Austrittsoption, das ist meine feste Überzeugung, wird dazu führen, dass sie nicht gezogen wird. Das macht Politiker glaubwürdiger in ihrem Handeln dem Volk gegenüber, weil dann auf einmal eine rote Karte droht.

Warum sage ich Ihnen das alles? Weil in guten Zeiten die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft eben oft genug nicht eingehalten werden. *Wolfgang Clement* hat mir in einem persönlichen Gespräch gesagt, dass für ihn und *Gerhard Schröder* keine Alternative zu den Hartz-Reformen bestand: In einer Situation mit fünf Millionen Arbeitslosen muss man das Land über die Partei stellen und Reformen angehen, weil es ums Ganze geht. *Clement* ging so weit zu sagen, Reformen seien in der Politik fast nur möglich, wenn man mit dem Rücken zur Wand stehe.

Deshalb müssen wir weiter auf Reformen drängen, gerade in den aktuell wirtschaftlich guten Zeiten. Ich bin der festen Überzeugung, dass Risiken derzeit unterschätzt werden und es sich rächen wird, wenn wir jetzt nicht die Dinge angehen, die wir angehen müssen, damit es uns in 10, 15 Jahren auch noch gut geht. Wir haben aufgrund der Zinspolitik der EZB nämlich eine Situation in Deutschland, in der wir seit 2009 rund 200 Milliarden Euro für den Schuldendienst von Bund, Ländern und Kommunen einsparen konnten. Das heißt, eine „schwarze Null“ ist derzeit viel leichter zu erreichen als zu anderen Zeiten. Trotzdem gibt es Finanzminister in Europa, die – anders als *Wolfgang Schäuble* – die niedrigen Zinsen genutzt haben, um das Geld noch mal richtig rauszuhauen.

Die Gefahrenherde sind nämlich vielfältig und sollten nicht unterschätzt werden: Schauen wir zum Beispiel auf die andere Seite des Atlantiks. Da warten wir morgens nach dem Aufstehen gebannt auf die Twitter-Nachrichten von Herrn *Trump*, vielleicht noch auf Neues zur Steuerreform im US-Repräsentantenhaus und Senat. Aber die Situation Amerikas wird unterbelichtet. Wir haben die Situation in Amerika, dass die privaten Haushalte, dass die Unternehmen und der Staat heute höher

verschuldet sind als vor der letzten Finanzkrise. Wir werden in diesem Jahr 7 000 bis 8 000 Pleiten erleben, nicht nur von Unternehmen, sondern auch von Handelsketten. Auf unserer Seite des Atlantiks – die Bankenunion wurde angesprochen – hatten wir in Italien die Situation, dass zwei wichtige Banken Probleme bekamen; wieder waren Gläubiger und Eigentümer nicht in der Verpflichtung, sondern die Steuerzahler.

„ Soziale Marktwirtschaft ist unbequem. Eigentlich wollen wir lieber ins warme Nest als nach draußen, wo es kalt ist, wo Wettbewerb herrscht. Eigentlich übertragen wir lieber alles dem Kollektiv, als der Eigenverantwortung das Wort zu reden. Das ist die größte Herausforderung in einer Wohlstandsgesellschaft: Eigenverantwortung zu fordern.“

Und weiter: Der Brexit ist da, unsere Anlagenbauer haben dadurch bereits Einbrüche im Auftragseingang, energieintensive Betriebe haben Probleme, und deswegen glaube ich, dass wir auf solchen Veranstaltungen wie der heutigen für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft werben müssen.

Soziale Marktwirtschaft ist unbequem. Eigentlich wollen wir lieber ins warme Nest als nach draußen, wo es kalt ist, wo Wettbewerb herrscht. Eigentlich übertragen wir lieber alles dem Kollektiv, als der Eigenverantwortung das Wort zu reden. Das ist die größte Herausforderung in einer Wohlstandsgesellschaft: Eigenverantwortung zu fordern.

Das ist deshalb so schwierig, weil Soziale Marktwirtschaft anstrengend ist. Und vielleicht kann man da Parallelen ziehen zur aktuellen politischen Situation: Auch die repräsentative Demokratie ist anstrengend. Aber sie ist nun mal so organisiert, dass die Wähler ein Votum geben und Politiker dann die Verantwortung haben, mit diesem Votum umzugehen. Deshalb glaube ich, dass eine Debatte über Neuwahlen schädlich für die repräsentative Demokratie ist. Sie hat sich in den letzten 70 Jahren bewährt, in Frieden, Freiheit und Wohlstand. ■

■ Laudationes auf die Träger der Förderpreise

Ulric Papendick

Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

haben Sie sich schon einmal gefragt, was auf Ihren Gemütszustand die beruhigendere Wirkung hat: der Anblick von Hühnern, freilaufenden auf einem Bauernhof, irgendwo auf dem Land? Oder die Einnahme von Valium? Haben Sie schon einmal überlegt, warum der Anblick einer Herde Kühe auf einer Weide uns glücklich macht?

Für *Jan Grossarth* sind das Fragen, mit denen er sich auseinandersetzt, und zwar sehr ernsthaft. Das ist insoweit besonders ungewöhnlich, weil *Jan Grossarth* Redakteur im Wirtschaftsressort der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ist, sich also in einem Umfeld bewegt, in dem es gemeinhin mehr um nüchterne Zahlen und Fakten geht und weniger um die beruhigende Wirkung von Hühnern.

Und doch ist es genau dieser Blick auf Fragen, die in den hektischen, anstrengenden Debatten über industrielle Landwirtschaft, Massentierhaltung und viel zu billiges



Jan Grossarth und David Stadelmann (rechts)

Fleisch nicht gestellt werden, es ist der Blick auf diese Fragen, der die Artikel von Jan Grossarth besonders lesenswert macht.

Grossarth beschreibt in seinen oft poetischen Beiträgen, wie Politiker, Umweltaktivisten, aber auch manche Großbauern den Blick für das Wichtige verlieren. Jan Grossarth kennt die Details, aber er sieht auch die Zusammenhänge.

Deshalb erfahren wir in seinen Stücken, warum Landwirtschaft auch heute noch nicht nur effizient sein sollte – eine Hightech-Agrarindustrie –, sondern auch schön im Sinne einer bäuerlich geprägten Kulturlandschaft. Wir erfahren, was es für die Bauern bedeutet, wenn man per politischem Plan eine Halbierung des Fleischkonsums verordnet, so sinnvoll dies aus mancher Perspektive auch sein mag. Wir erfahren, warum der kürzlich von Bayer übernommene Chemiekonzern Monsanto zum Lieblingsgegner von Umweltaktivisten geworden ist, und ob das seine Berechtigung hat. Und wir erfahren, wie der Kleinbauer Siegfried Hofreiter aus dem bayerischen Sulzemoos ein landwirtschaftliches Imperium errichtete, das schließlich hoffnungslos verschuldet in sich zusammenbrach.

Es sind solche Geschichten mit Blick für das Detail und für die großen Zusammenhänge, die die Jury bewogen haben, Jan Grossarth in diesem Jahr mit einem Ludwig-Erhard-Förderpreis auszuzeichnen.

Kann man die europäische Flüchtlingskrise, die neben viel Leid auch eine große politische Herausforderung bedeutet, mit den Mitteln und Methoden der Ökonomie

lösen? Sicher nicht. Aber man kann versuchen, Elemente dieser Krise mit den Augen eines Wirtschaftswissenschaftlers zu betrachten und Vorschläge zu entwickeln, wie das Schicksal der Flüchtlinge verbessert und zugleich die politische Herausforderung zumindest entschärft werden kann.

Genau das ist der Ansatz von *Professor David Stadelmann*. In seinem in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Gastbeitrag mit dem Titel „Flüchtlinge sollen Beitrag leisten“ schlägt der Volkswirt der Universität Bayreuth einen Weg vor, wie man einzelne – aber sehr zentrale – Aspekte der Flüchtlingskrise wirtschaftswissenschaftlich angehen könnte.

Konkret geht es dabei um zwei Punkte: einerseits, den Schutzsuchenden einen legalen Weg nach Europa zu öffnen, den es für sie im Moment nicht gibt. Zum anderen, Schlepperbanden, die aus dem Leid der Flüchtlinge ein Geschäft gemacht haben, das Handwerk zu legen.

Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt *David Stadelmann* ein Instrument vor, das sich in der Ökonomie bereits vielfach bewährt hat: nämlich einen legalen Einreiseweg zu eröffnen, ihn aber mit einem Preis zu versehen. Diesen Preis hat er „Integrationsbeitrag“ genannt.

Das mag vielen von Ihnen zunächst einmal seltsam vorkommen, immerhin handelt es sich um Menschen, Flüchtlinge, nicht um eine Ware. Und immerhin geht es hier um ein im Grundgesetz verankertes Grundrecht.

Aber, so argumentiert *David Stadelmann*, einen Preis bezahlen praktisch alle Flüchtlinge bereits heute: an Schlepperbanden. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, denn einen legalen Einreiseweg, etwa mit dem Flugzeug, gibt es ohne gültige Einreisepapiere schlichtweg nicht. Das ist auch nachvollziehbar, denn gäbe es diesen legalen Weg, gratis oder nur zu den Kosten eines Flugtickets, wäre der Andrang gewaltig, er wäre sehr wahrscheinlich größer als Europa verkraften könnte.

Durch den Integrationsbeitrag hingegen, so argumentiert *Professor Stadelmann*, würde dieser Ansturm eingedämmt, ohne dass man Quoten oder Obergrenzen einführen müsste. Der Integrationsbeitrag, so schlägt er vor, sollte dabei unter den Preisen liegen, die die Schlepperbanden für ihre Schleuserdienste verlangen, um dieses menschenunwürdige Handwerk zu beenden oder zumindest zu erschweren.

Mit den Einnahmen aus den Integrationsbeiträgen könnten zum Beispiel Sprachkurse bezahlt werden oder auch eine Berufsausbildung der Flüchtlinge. Vor allem aber kann das Geld für schnellere, geordnete Asylverfahren verwendet werden. Denn die Prüfung, ob ein Flüchtling tatsächlich das Anrecht auf Asyl hat, die soll es natürlich weiterhin geben.

Ist das nun die Idee, mit der das unglaubliche Elend, das so viele Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa erleiden, endlich beendet werden kann? Niemand weiß es, auch die Jury des Ludwig-Erhard-Preises weiß es nicht. Was uns aber imponiert hat, ist der Versuch, einen neuen Impuls in die festgefahrene Debatte um die Flüchtlingskrise zu bringen, einen neuen Denkansatz. Deshalb erhält *Professor David Stadelmann* in diesem Jahr einen Ludwig-Erhard-Förderpreis.

Würden Sie sich für Ihr neues Zuhause gern eine ehemalige Industriebrache aussuchen? Ein Areal, in dem über 100 Jahre lang Gummi-Produkte hergestellt wurden: erst Käbme, dann Spielzeug, später Reifen. Eine Gegend, in der es früher fürchterlich gestunken hat und bei der bis heute die Frage im Raum steht, ob der Boden noch immer verseucht ist.



Lisa Malecha, Dr. Katharina Derlin, Nils Oehlschläger, Linda Tonn, Isabel Rollenhagen und Sabine Gurol (von links)

Nun, in Hannover entsteht in einem solchen Gebiet sogar ein komplett neuer Stadtteil. „Wasserstadt Hannover“ heißt er, und er wird wohl die neue Heimat für rund 3 500 Menschen werden. Ein gewaltiges Projekt, das viele Fragen aufwirft, viele Interessen berührt, viele Ängste schürt, aber auch Hoffnungen. Kurzum, ein Thema, das für die örtliche Zeitung, in Hannover ist das die Hannoversche Allgemeine, natürlich von sehr großer Bedeutung ist.

Umso bemerkenswerter ist, dass die Hannoversche Allgemeine die Entscheidung getroffen hat, ihre jüngsten Mitarbeiter mit der Berichterstattung über dieses

Projekt zu betrauen. Dr. Katharina Derlin, Sabine Gurol, Lisa Malecha, Nils Oehlschläger, Isabell Rollenhagen und Linda Tonn sind (oder waren) alle Volontäre bei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. Sie haben die Entstehung der Wasserstadt auf dem ehemaligen Gelände einer Continental-Fabrik über mehrere Jahre begleitet.

Sie haben mit dem Bauherren gesprochen, mit Politikern, mit früheren Mitarbeitern der Gummiwerke. Sie haben die Anwohner gefragt, die, die heute in der Nähe des Geländes wohnen, und die, die dort ihr neues Zuhause finden wollen. Sie haben die Herausforderungen recherchiert und beschrieben, die ein solches Projekt an Architekten, Stadtplaner, Ingenieure und Bauarbeiter stellt. Auf der Website der Zeitung zeigen sie auch mit vielen Grafiken, Videos und 360-Grad-Ansichten, was es heißt, aus einer alten Gummifabrik ein neues Wohnquartier zu machen.

Ich weiß nicht, wie vertraut Sie mit den Ausbildungswegen in der Medienbranche sind, meine Damen und Herren, aber ein Volontariat dauert gemeinhin zwei Jahre. Für ein Projekt dieser Dimension ist das nicht lang genug. Deshalb wird die Berichterstattung zur Wasserstadt Hannover auch von einem Volontär, einer Volontärin weitergereicht zum jeweiligen Nachfolger. Auf diese Weise sind mittlerweile mehr als 40 Beiträge erschienen, die ein wirklich spannendes und lebendiges Bild dieses gewaltigen Projekts zeigen.

Für die Jury des Ludwig-Erhard-Preises stand deshalb fest: Auch dieses Projekt verdient einen der diesjährigen Förderpreise. Allen Förderpreisträgern: Herzlichen Glückwunsch! ■

■ Laudationes auf die Träger der Hauptpreise

Dr. Ursula Weidenfeld

Vorsitzende der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik



Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Frau *Professorin Köcher*, lieber *Marc Beise*. Es ist mir eine Ehre und eine besonders große Freude, dass ich heute Abend Sie und Ihre Verdienste für die Soziale Marktwirtschaft *Ludwig Erhards* würdigen darf. Denn Sie beide sind in Ihrem publizistischen Schaffen wirkliche Vorbilder, wenn es um die Öffentlichkeit und die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft geht. Normalerweise geht es ja so: Je kritischer die Anmerkungen zur marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung werden, desto verwaschener und empfindsamer werden die Antworten darauf. Besser werden sie dadurch in der Regel nicht. Sie beide machen es anders herum. Sie formulieren die Grundsätze und die Voraussetzungen einer liberalen Wirtschaftsordnung klar. Und Sie messen die Wirtschaftspolitik daran. Das würdigt die Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik in diesem Jahr, indem sie Ihnen beiden den Preis verleiht.

Der Erfolg legitimiert die Marktwirtschaft, so haben Sie, liebe Frau *Köcher*, das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Wirtschaftsordnung beschrieben. Als

Geschäftsführerin des Meinungsforschungsinstituts Allensbach fragen Sie seit Jahrzehnten die Bürger dieses Landes immer wieder nach ihren Einstellungen zur Sozialen Marktwirtschaft. Nur wenn die Wirtschaft wächst, wenn sie Arbeitsplätze und Wohlstand liefert, sind die Deutschen auch fest davon überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft die richtige Wirtschaftsordnung für sie ist. Jenseits dieser Haltung, die man, wohlwollend formuliert, als pragmatisch bezeichnen könnte, überwiegt die Skepsis. Die Soziale Marktwirtschaft selbst bringe nämlich keine fairen Ergebnisse hervor, so denken immer mehr Menschen in diesem Land.

Analog dazu sind höhere gesellschaftliche Schichten nach Erkenntnissen Ihres Instituts zwar mehrheitlich der Meinung, dass die Soziale Marktwirtschaft eine großartige Sache ist. Doch bei Bürgern mit einem mittleren und niedrigen sozialen und wirtschaftlichen Status überwiegen Ambivalenz und Skepsis. Fast 60 Jahre nach der Währungsreform und nach dem Ende der staatlichen Preiskontrollen – und Letzteres ist ja die ganz große Leistung *Ludwig Erhards* gewesen – ist die Marktwirtschaft keineswegs auf sicherem Terrain. Damit darf man sich nicht zufriedengeben. Die Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik hat genau deshalb Sie beide als Preisträger ausgewählt, weil Sie sich nicht zufriedengeben, weil Sie nachfragen, nachforschen, argumentieren, begründen und auch streiten. Zudem zeigen Sie Wege, wie man möglicherweise zu einer stabileren Zustimmung für die Marktwirtschaft kommen kann.

„Je kritischer die Anmerkungen zur marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung werden, desto verwaschener und empfindsamer werden die Antworten darauf. Besser werden sie dadurch in der Regel nicht.“

Bildungsaufstieg, Frau *Köcher*, das haben Sie in einer beeindruckenden Studie Anfang des Jahrtausends formuliert, ist einer dieser Wege, wie man den wirtschaftlichen Aufstieg schaffen kann. Dadurch steigt die Akzeptanz für Freiheit, Wettbewerb und Marktwirtschaft. Sie haben in dieser Studie gezeigt, dass es den Eltern benachteiligter Kinder keineswegs an Ehrgeiz und an Bildungsaspiration fehlt. Es fehlt ihnen nur am Wissen, wie man Schüler motiviert, wie man Kinder unterstützt und wie man sie anleitet. Mit dieser Analyse haben sie einen Weg für die aktuelle Bildungsdebatte gebahnt. Ihr Verdienst ist, auf diese Entwicklungen nicht nur hingewiesen zu haben, bevor sie in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert wurden. Sie haben auch Argumente geliefert und Fußnoten dazu gemacht. Sie haben Wege gewiesen, die, wie wir heute wissen, nicht nur die Aussichten junger Menschen in diesem Land verbessern können. Sie können auch das Ansehen der Wirtschaftsordnung nachhaltig heben.

In der Antike hat man die Überbringer schlechter Nachrichten gerne geköpft. Man hoffte, dass so auch die Botschaft verschwinden würde. Heute gibt es einen kleinen



Roland Tichy, Renate Köcher, Marc Beise und Ursula Weidenfeld (von links)

zivilisatorischen Fortschritt: Wir geben den Überbringern kritischer Nachrichten lieber Preise. Das tun wir, obwohl der Reflex immer noch derselbe ist: Das Wissen um kritische Entwicklungen bringt auch demokratische Gesellschaften keineswegs immer dazu, die richtigen Schlüsse zu ziehen und zu handeln.

Ein Beispiel: Marktwirtschaft und Demokratie würden sich nach dem Niedergang des Sozialismus quasi wie von selbst ausbreiten. Das Ende der Geschichte, wie es *Francis Fukuyama* 1992 beschrieben hat, war nach dem Fall der Berliner Mauer eine allgemein verbreitete Überzeugung. Sie, liebe Frau Köcher, haben schon Mitte der Neunziger Jahre gemahnt, dass es auch anders kommen könnte. Die Zustimmungswerte zur Marktwirtschaft stiegen nämlich nicht, im Gegenteil: Die Skepsis wuchs. Beide, Demokratie und Marktwirtschaft, sind mit dem Ende von Sozialismus und Planwirtschaft ebenfalls unter Druck geraten. Sie stehen unter einem neuen Legitimationsdruck, den Sie als eine der ersten in Deutschland beschrieben haben, Frau Köcher. Wir sehen das in diesen Tagen in beiden Feldern besonders deutlich auch in unserem Land.

Liebe Frau Köcher, wir alle freuen uns sehr und sind sehr geehrt, dass Sie in diesem Jahr nicht nur als Mitglied der Erhard-Stiftung bei uns sind, sondern dass wir Sie auch als Preisträgerin begrüßen dürfen.

Lieber *Marc Beise*, *Professor Feld* zitierte eben, „Wenn Macht auf Recht trifft, zieht das Recht den Kürzeren“. Das hast du schon sehr früh erkannt, weshalb du nach einem Jura-Studium nicht Jurist, sondern Wirtschaftsjournalist geworden bist. Dazu gratulieren wir als Kollegen schon mal vorab.

Aus den internen Beratungen einer Jury erzählt man ja normalerweise nichts, aber wir haben so oft und so ernsthaft darüber gesprochen, dass du den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik bekommen sollst, dass einige von uns dachten, du hättest ihn längst. „Der hat den doch schon, wollen wir den nicht lieber in die Jury aufnehmen“, war das Argument. Wir haben uns dann nach ausführlichen Recherchen in der Geschichte der Stiftung davon überzeugt, dass du ihn noch nicht hast, und deshalb hast du ihn mehr als verdient.

„Beide, Demokratie und Marktwirtschaft, sind mit dem Ende von Sozialismus und Planwirtschaft ebenfalls unter Druck geraten.“

Vielleicht kann man daran auch erkennen, wie sehr *Marc Beise* zu den Journalisten und Autoren in Deutschland gehört, die den wirtschaftspolitischen Diskurs seit Jahrzehnten prägen und vorantreiben, heute als Ressortleiter Wirtschaft der Süddeutschen Zeitung, davor beim Handelsblatt und bei der Offenbach Post.

Ich glaube ja, dass die Zeit beim Handelsblatt im Nachhinein betrachtet die einfachste Phase deiner journalistischen Karriere war. Unter Gleichgesinnten ist es nämlich nicht so schwer, aufrecht zu argumentieren und prinzipientreu zu sein. Komplizierter wird das, wenn man in die Redaktion und die Leserschaft eines anderen Milieus wechselt. Auf einmal findet man sich in einem Umfeld wieder, das Medienmanager gerne als pluralistisch beschreiben. Man arbeitet in einer Redaktion, in der Meinungsvielfalt, bei den Lesern wie bei den Redaktionskollegen, herrscht. Hier gibt es einen echten Wettbewerb der Meinungen und Auffassungen. Für jeden Kommentar, den man selbst schreibt, kann man sich im eigenen Blatt und bei den Reaktionen der eigenen Leser die exakt gegenteilige Meinung abholen. Hier gibt es entschiedenere Sozialpolitiker, begeisterte Umverteiler, überzeugte De-industrialisierer. Sich hier durchzusetzen, gerade zu bleiben, ohne stur und verbissen zu werden, ist eine große Kunst. Es ist eine Kunst, die du beherrschst.

Ein Weiteres: Wie kaum ein anderer Wirtschaftsjournalist seiner Generation ist *Marc Beise* in stetem und engem Austausch mit der Wissenschaft. Gemeinsam mit dem Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) organisiert und leitet er die Münchner Seminare, und diese Konferenzen sind wirklich ein Beispiel, wie man mit einem wirtschaftswissenschaftlichen Anspruch ein breites Publikum ansprechen kann, wie man es in den Diskurs einbeziehen kann. Die Münchner Seminare sind im besten Sinne ein Botschaftsempfang der Sozialen Marktwirtschaft.



Zuletzt hat *Marc Beise* mit dem Buch „Deutschland digital“, das er im vergangenen Jahr gemeinsam mit *Uli Schäfer* geschrieben hat, gezeigt, wie marktwirtschaftliche Prozesse Innovationen vorantreiben, Platz für neue Unternehmen schaffen und Traditionsfirmen auf Vordermann bringen. In diesem Buch wird deutlich, wie viel Kraft, wie viel Energie in der deutschen Wirtschaft und in den deutschen Unternehmen steckt. Ihr beschreibt, wie erfolgreich Unternehmer und ihre Arbeitnehmer die nächste Phase der Digitalisierung meistern können. Der fundierte Optimismus dieses Buches hat die Jury besonders beeindruckt. Und ganz ehrlich, er hat uns auch erleichtert. Wir wollen gern glauben, dass es so kommt, oder um offen zu sein: Wir hoffen, dass du dieses Mal recht hast. Sicher können wir nicht sein: Du bist Experte für Freihandel und für Freihandelsabkommen, und du hast dich für TTIP stark gemacht. Das Freihandelsabkommen wurde leider ein Flop. Auch die Rente mit 70, die du für unumgänglich hältst, ist gerade nicht auf der Zielgeraden. Aber wenn man sagt, von drei Anläufen ist meist einer erfolgreich, bleiben wir optimistisch, was die Digitalisierung betrifft.

Liebe Frau Köcher, lieber *Marc Beise*: Im Namen der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik gratuliere ich Ihnen beiden herzlich zum Preis. ■

■ Ansprache der Preisträgerin

Prof. Dr. Renate Köcher

Geschäftsführerin des Institutes für Demoskopie Allensbach



Es freut mich, gerade diesen Preis zu erhalten, denn für das Allensbacher Institut in seinen Gründungsjahren hatte *Ludwig Erhard* und sein Feldzug für die Soziale Marktwirtschaft große Bedeutung. Das Institut für Demoskopie wurde 1947 gegründet. 1948 erhielt es durch *Ludwig Erhard* den Auftrag, in drei aufeinanderfolgenden Untersuchungen die Aufgeschlossenheit und Reaktion der Bevölkerung auf die anstehenden gravierenden währungs- und wirtschaftspolitischen Reformen zu untersuchen. Die erste Untersuchung wurde unmittelbar nach Einführung der D-Mark im Juni 1948 durchgeführt, die zweite wenige Wochen danach, die dritte im Oktober 1948.

Die Untersuchungen, die zu den historischen Schätzen des Allensbacher Archivs zählen, ließen breite Unterstützung für die Währungsreform erkennen, aber zunächst große Zweifel, ob die neue Währung stabil sein würde. Und sie zeigten, auf wieviel Vorbehalte die sukzessive Abkehr von der staatlichen Planwirtschaft damals traf. Die von *Erhard* propagierte Marktwirtschaft wurde keineswegs als Verheißung empfunden. Während die überwältigende Mehrheit die Währungsreform begrüßte, trafen die ersten Schritte in die neue Wirtschaftsordnung bei der großen Mehrheit zunächst auf Misstrauen. Ende der 40er Jahre sprach sich noch die Mehrheit der Bevölkerung für staatlich regulierte Lebensmittelpreise aus. Die Erfahrungen mit Preissteigerungen nach der Freigabe von Preisen und die Sorge,

welche Zumutungen eine freiere Wirtschaft noch bereithalten könnte, machten *Erhard* damals zum Buhmann der Nation. Anfang der 50er Jahre beurteilten gerade einmal 14 Prozent der Bürger *Erhard* und seine Politik positiv.

„Ein Wirtschaftssystem wird nicht grundsätzlich aufgrund seiner Leitideen und Prinzipien unterstützt. Das Vertrauen hängt an seinem Erfolg und der Breitenwirkung des Erfolgs.“

1952 wurde dann eine Initiative zur Förderung des Vertrauens in die Marktwirtschaft gegründet, der Verein „Die WAAGE. Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs“. Es wurde unter anderem eine Anzeigenkampagne geschaltet, in der ein Skeptiker und ein Befürworter der Marktwirtschaft – Fritz und Otto – über Marktwirtschaft diskutierten. Diese Anzeigenserie ist heute eine teilweise amüsante, aber auch interessante Lektüre. Ganz lebensnah wurde darin versucht, die Mechanismen, Chancen und Risiken eines freien Wirtschaftssystems zu erklären, übrigens durchaus auch schon im globalen Kontext. Damals war Wirtschaft und Politik mehr als heute bewusst, wie wichtig eine grundsätzliche Auseinandersetzung und Kommunikation mit der Bevölkerung ist.

Durch Kommunikation allein wäre allerdings der Rückhalt für die Marktwirtschaft kaum gewachsen. Was überzeugte, war der Erfolg, war die wirtschaftliche Entwicklung in den 50er und 60er Jahren. Mit dem Aufschwung, dem sogenannten deutschen Wirtschaftswunder, stieg die Unterstützung für die Marktwirtschaft wie auch die Popularität von *Ludwig Erhard*. Schon Ende der 50er Jahre zählte er zu den beliebtesten Politikern der Republik: Zu diesem Zeitpunkt sahen zwei Drittel der Bevölkerung ihn positiv, Anfang der 60er Jahre dann über 80 Prozent – ein Popularitätsniveau, das im Allgemeinen kaum ein Politiker in einer Demokratie erreicht.

Ein Wirtschaftssystem wird nicht grundsätzlich aufgrund seiner Leitideen und Prinzipien unterstützt. Das Vertrauen hängt an seinem Erfolg und der Breitenwirkung des Erfolgs. Das zeigt auch die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland nach 1990. Das ursprünglich geradezu euphorische Urteil der ostdeutschen Bevölkerung über die Marktwirtschaft litt unter dem Eindruck der Rezession, die dem Einheitsboom folgte, und der damals in Ostdeutschland steil zunehmenden Arbeitslosigkeit. Später unterminierte in West wie Ost die Phase der Wachstumschwäche zwischen 2000 und 2005 das Vertrauen in die Marktwirtschaft.

Zu diesem Zeitpunkt waren weite Teile der Bevölkerung überzeugt, dass Deutschland ökonomisch seinen Zenit überschritten hat. Die Arbeitslosigkeit und insbesondere auch die Langzeitarbeitslosigkeit nahm zu, genauso die Sorgen der Erwerbstätigen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes; die Verteilungsspielräume

wurden kleiner und gleichzeitig staatliche Garantien abgebaut. In der Folge ging das Zutrauen in das Wirtschaftssystem steil zurück.

Mit dem langfristigen Aufschwung nach 2005 kehrte das Vertrauen zurück und wurde auch durch die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise nicht ernsthaft erschüttert. Dazu war diese Krise zu kurz, die Folgen für die Bevölkerung zu gering und die gemeinschaftlichen Anstrengungen von Politik, Unternehmen und Gesellschaft, die Krise von der Bevölkerung fernzuhalten, stabilisierten das Vertrauen in das System. Über die letzten zwölf Jahre hinweg ist der Rückhalt für die Marktwirtschaft signifikant angestiegen. 2005 hatten lediglich 25 Prozent der Bürger von dem deutschen Wirtschaftssystem eine gute Meinung, heute die Mehrheit. Wie umfassend sich das Urteil über die Marktwirtschaft in der Zeit nach 2005 veränderte, zeigt insbesondere die Einschätzung der Leistungsfähigkeit und Risiken des Systems: 2005 hielt die Mehrheit der Bevölkerung das Wirtschaftssystem insgesamt für nicht leistungsfähig, in den letzten Jahren dagegen weniger als 10 Prozent. Parallel bildete sich die Überzeugung zurück, dass eine Marktwirtschaft mit zu vielen Risiken behaftet ist, wie auch die Einschätzung, dass sich Leistung in diesem System nicht lohnt. Heute ist die Mehrheit der Bürger überzeugt, dass Leistung in dieser Wirtschaftsordnung honoriert wird.

„Während die Wirtschaft das Leben der Bürger in hohem Maße prägt, ihre Chancen, Zukunftsperspektiven, ihren Lebensstandard und Lebenserfahrungen, geht der Anteil der Bevölkerung, der sich für Wirtschaft im breitesten Sinne interessiert, seit Jahren zurück.“

Auch der Blick über die deutschen Grenzen hinaus zeigt, wie sehr das Vertrauen in ein Wirtschaftssystem in hohem Maße von der ökonomischen Situation abhängt. In Frankreich oder Italien ist das Vertrauen in die Wirtschaftsordnung zurzeit gering, wie auch das Vertrauen in die Qualität der Unternehmensführungen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Perspektive für die junge Generation wird dort überwiegend kritisch eingeschätzt, ganz anders als in Deutschland.

Diese Abhängigkeit der Akzeptanz eines Wirtschaftssystems vom ökonomischen Erfolg ist verständlich, bedeutet jedoch auch, dass das Vertrauen in das System konjunkturabhängig ist. Selbst kurze Krisen wie 2008/2009 zeigen, dass sofort staatliche Interventionen anders gesehen werden als in konjunkturell guten Zeiten. Zwar hat das Zutrauen in die Marktwirtschaft in dieser Zeit nicht gelitten. Aber die Vorstellungen, wieweit der Staat auf die Wirtschaft Einfluss nehmen sollte, änderten sich gravierend. So nahmen in dieser kurzen Krise die Forderungen steil zu, der Staat solle Managergehälter festlegen, die Arbeit von Managern kontrollieren

oder sogar Ziele für Unternehmen festlegen. Nach 2009 bildeten sich diese Forderungen rasch wieder zurück.

Die Bürger wissen durchaus, was mit einem freien System kompatibel ist und was nicht. So ist die große Mehrheit überzeugt, dass es nicht zu einer Marktwirtschaft passt, wenn der Staat den Unternehmen enge Grenzen setzt, zum Beispiel für die Entlassung von Mitarbeitern, wenn ganze Wirtschaftszweige oder Unternehmen subventioniert werden und genauso wenig protektionistische Maßnahmen oder Werbeverbote.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Bürger derartigen Eingriffen grundsätzlich skeptisch gegenüberstehen. Wenn staatliche Regulierung und Interventionen einem tatsächlich oder vermeintlich guten Zweck dienen, finden sie in der Regel breite Unterstützung. Das gilt für protektionistische Maßnahmen wie für Werbeverbote oder Eingriffe in die Corporate Governance und Personalentscheidungen der Unternehmen. So unterstützt die Mehrheit staatliche Preisgrenzen in bestimmten Bereichen, Werbeverbote in bestimmten Produktbereichen, staatlich festgesetzte Obergrenzen für Managergehälter wie auch Untergrenzen für Gehälter wie Mindestlöhne.

Für die Bevölkerung ist Systemverträglichkeit bestenfalls eines unter mehreren Entscheidungskriterien. Die Rangfolge von Zielen zeigt sich in der Konkurrenz. So ist es der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung wichtig, dass man mit einer Vollzeitwerbstätigkeit seinen Lebensunterhalt sichern kann. Eine Konstellation, in der jemand 40 Stunden und mehr in der Woche arbeitet und trotzdem aufgrund einer geringen Entlohnung vom Staat abhängig ist, ist mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger nicht kompatibel. Entsprechend unterstützten immer breite Mehrheiten von 70 bis 80 Prozent die Einführung von Mindestlöhnen.

Ein anderes Beispiel: Die Rückkehrgarantien für Mitarbeiter nach einer längeren Familienphase dienen zweifelsohne einem guten Zweck – die Gründung von Familien soll nicht die Beschäftigungschancen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von Eltern gravierend beeinträchtigen. Auf der anderen Seite steht das Ziel der Dispositionsfreiheit der Unternehmen. Gerade für kleinere Unternehmen sind solche staatlichen Vorgaben natürlich nicht immer leicht zu erfüllen. In solchen Konflikten votiert die große Mehrheit der Bevölkerung jedoch in der Regel gegen die Dispositionsfreiheit der Unternehmen.

In den Vorstellungen der Bürger, was eine Soziale Marktwirtschaft ausmacht, spielt unternehmerische Freiheit interessanterweise eine völlig untergeordnete Rolle. Die große Mehrheit ist überzeugt, dass eine Soziale Marktwirtschaft vor allem durch soziale Sicherheit, faire Arbeitsbedingungen und Löhne, sichere Arbeitsplätze, Chancengerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Wohlstand gekennzeichnet ist. Drei Viertel der Bevölkerung assoziieren eine Soziale Marktwirtschaft vor allem mit der sozialen Absicherung der Bürger gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit, annähernd

70 Prozent mit sicheren Arbeitsplätzen, 56 Prozent mit einer gerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen. All dies sind wünschenswerte Ziele. Bemerkenswert ist jedoch, dass nur 31 Prozent überzeugt sind, dass eine Soziale Marktwirtschaft vor allem auch durch unternehmerische Freiheit gekennzeichnet ist.

Hier würden sich Grundsatzdebatten lohnen über die Konkurrenz und Gewichtung von Zielen. Allerdings sind solche Debatten immer schwerer zu führen. Das liegt zum einen daran, dass wir in der Gesellschaft immer weniger die Neigung zum grundsätzlichen Diskurs haben, und das gilt verstärkt für ordnungspolitische Debatten. Erschwerend kommt hinzu, dass das Interesse und Verständnis für Wirtschaft zurückgeht. Während die Wirtschaft das Leben der Bürger in hohem Maße prägt, ihre Chancen, Zukunftsperspektiven, ihren Lebensstandard und Lebenserfahrungen, geht der Anteil der Bevölkerung, der sich für Wirtschaft im breitesten Sinne interessiert, seit Jahren zurück. Das gilt für Unternehmensberichterstattungen wie für Finanzthemen, für internationale Handelsbeziehungen wie für wirtschaftspolitische Weichenstellungen. Diese Entwicklung ist besonders ausgeprägt in der jungen Generation zu beobachten und betrifft keineswegs nur das Thema Wirtschaft. Das Interessenspektrum unter 30-Jähriger ist heute enger als vor 15 Jahren. Dies ist auf den ersten Blick erstaunlich, führt man sich die Entwicklung der Bildungsstruktur der Bevölkerung und insbesondere der jungen Generation vor Augen wie auch die Entwicklung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen.

Untersuchungen belegen hier einen engen Zusammenhang mit der Veränderung des Informationsverhaltens. Das, was oft als bloße Substitution traditioneller durch neue Informationsquellen interpretiert wird, ist ein grundlegender Wandel im Umgang mit Informationen. Die habituelle, tägliche Information wird zunehmend durch die Information bei Bedarf ersetzt. Die Mehrheit der jungen Generation vertritt beispielsweise die Auffassung, dass es nicht mehr notwendig ist, sich regelmäßig zu informieren, da man ja bei Bedarf auf den Knopf drücken kann und alle Informationen erhält, die man braucht.

„Wenn staatliche Regulierung und Interventionen einem tatsächlich oder vermeintlich guten Zweck dienen, finden sie in der Regel breite Unterstützung. Das gilt für protektionistische Maßnahmen wie für Werbeverbote oder Eingriffe in die Corporate Governance und Personalentscheidungen der Unternehmen.“

Daraus entstehen jedoch ein völlig anderer Informationsstand und auch ein anderes Interessensspektrum. Interessen entstehen ja im Allgemeinen nicht plötzlich, sondern durch immer wieder neue Begegnungen mit bestimmten Themen und Informationen. Die geduldige Zeitungslektüre, auch das kontinuierliche Verfolgen von Nachrichten in den Funkmedien haben diese Kontakte weitaus besser



gesichert, als es heute das Internet tut. Das Internet gewöhnt schon Kinder und Jugendliche in hohem Maße daran, die Information nachzufragen, die sie gerade brauchen oder die sie von vornherein interessieren. Dadurch wachsen viele Interessen nicht mehr in dem Maße, wie das früher der Fall war. Ein Ergebnis ist, dass sowohl das Interesse an Wirtschaft wie an Politik heute weitaus stärker altersgebunden ist, als das früher der Fall war. Wir befassen uns noch viel zu wenig mit der Frage, was die Veränderung des Informationsverhaltens mit der Gesellschaft macht, mit der Entwicklung von Interessen, mit dem Wissensfundament und mit der Möglichkeit, einen breiten Diskurs zu führen, an dem sich viele beteiligen können. Ich halte diese Entwicklungen für außerordentlich gravierend; sie werden darüber mitentscheiden, ob wir künftig überhaupt noch in der Lage sind, qualifizierte Debatten zu führen. ■

■ Ansprache des Preisträgers

Dr. Marc Beise

Leiter der Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung



Lieber Herr Tichy, sehr geehrte Mitglieder der Ludwig-Erhard-Stiftung, sehr geehrte Gäste,

ich komme aus einer Redaktion, die traditionell sehr viele buchstäblich „ausgezeichnete“ Journalisten beherbergt. Einige meiner Kollegen bei der Süddeutschen Zeitung haben, glaube ich, schon so viele Preise eingheimst, dass sie die gar nicht mehr zählen können. Ich schließe nun, dank Ihnen, zu diesen Kollegen auf. Nicht quantitativ, das ist klar, aber qualitativ allemal. Der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ist, das muss ich Ihnen nicht sagen, ungefähr die Krönung dessen, was einem Wirtschaftsjournalisten in Deutschland an Gutem widerfahren kann.

Den Preis haben, wenn ich es richtig sehe, überhaupt erst zwei SZ-Redakteure vor mir erhalten: Das ist zunächst *Franz Thoma*, Preisträger des Jahres 1979, legendärer Leiter des Wirtschaftsteils der Süddeutschen Zeitung. An ihn erinnern sich viele ältere Kollegen noch mit großer Hochachtung. Als er 1994 starb, schrieb *Robert Leicht* in der ZEIT, dass *Thoma* über wirtschaftliche Themen so geschrieben habe, dass „der Ökonom fachlich überzeugt wurde, ohne dass der einfache Wirtschaftsbürger den Schock gefühlloser Expertenkalte zu spüren bekam“. Ich finde, schöner kann ein Kompliment nicht lauten.

Der zweite Preisträger – er ist heute hier – ist mein lieber Freund und Vorgänger im Amt des Wirtschaftsressortleiters *Nikolaus Piper*. Beide, *Thoma* wie *Piper*, stehen ohne Zweifel in einer klaren ordnungspolitischen Tradition, sie waren und sind würdige Preisträger – was die Latte für mich sehr hochlegt, weshalb ich Sie ein bisschen an meinen Zweifeln als Preisträger teilhaben lassen will.

Wenn Menschen mit Meinung älter werden, kann das im Allgemeinen zwei Entwicklungen nehmen. Entweder verhärtet man immer mehr in den Positionen, die man sowieso immer hat. Eine Untergruppe bilden Zeitgenossen, die ihre Meinung noch einmal fundamental geändert haben, aber aus einer Art Scham über frühere Positionen päpstlicher als der Papst werden, sagen wir, in der Beurteilung des Euro, den man sich vielleicht mal gewünscht und den man jetzt am liebsten loswerden will. Solche soll es auch unter früheren Preisträgern geben, sogar unter solchen, mit denen ich befreundet bin.

„Weil vorhin vom Elfenbeinturm die Rede war – da draußen sind lauter Menschen, die mit Ordnungspolitik und *Ludwig Erhard* nicht mehr viel anfangen können.“

Die andere Gruppe, das sind diejenigen, die mit zunehmendem Alter milder werden. Die ihre eigene Position immer heftiger hinterfragen und zunehmend unsicher werden, ob denn diese klare Meinung, die man bisher immer hatte, bei der einen oder anderen Frage, ob die in ihrer Radikalität wirklich richtig war. Ich bekenne, dass ich mit zunehmendem Alter mehr und mehr in diese zweite Gruppe rutsche. Und ausgerechnet jetzt bekomme ich den Ludwig-Erhard-Preis!

Dabei geht es nicht nur um meine eigenen Positionen und meine Artikel, sondern es gilt auch für das, was man so ein bisschen das soziokulturelle Umfeld nennen kann. *Ursula Weidenfeld* hat darauf hingewiesen, dass ich beim Handelsblatt in einer Gruppe Gleichgesinnter war, aber bei der SZ-Redaktion ist das anders. Da gibt es viele, teilweise ziemlich „linke“ Kollegen, deren Prämisse mitunter nicht etwa lautet „Im Zweifel für die wirtschaftliche Freiheit“, sondern eher „Hilfe, wo ist der Staat?“ Ich sitze im Kreis von Kollegen, die im Zeichen des investigativen Journalismus Panama oder Paradise Papers auswerten, was beim FAZ-Kollegen *Rainer Hank*, auch er ein Preisträger, Hitzewallungen verursacht, mich aber stolz macht, dass ich zu diesem Team gehören darf.

In meiner eigenen Wirtschaftsredaktion finden sich Kollegen, die ein Ende des Wachstums erwarten, die sich maßgeblich mit Ungleichheit beschäftigen, die Umverteilungsfantasien haben, die Freihandel eher für eine Gefahr als für eine Chance halten und die den vornehmsten Sinn einer Steuerreform nicht etwa darin sehen, Leistungsreserven in der Gesellschaft zu aktivieren, sondern vor allen Dingen darin, sozial Schwachen zu helfen. Die dürfen das alles unter meiner Ägide auch noch schreiben. Und das war, lieber *Nikolaus Piper*, als wir gemeinsam im Jahr 1999

angefangen haben – du als Ressortleiter, ich als dein Stellvertreter – noch anders. Damals haben wir der Wirtschaftsredaktion eine klare ordnungspolitische Linie vorgegeben, und viele der Beiträge, die *Ursula Weidenfeld* genannt hat, stammen aus jener Zeit. Wir haben das nicht par ordre du mufti betrieben, sondern einfach, weil wir wie von Zauberhand die Meinungsplätze im Wirtschaftsteil dominierten und weil wir eben auch ausreichend viele Mitstreiter im Ressort hatten. Heute gibt es neue jüngere Kollegen, hervorragende Journalisten, gut ausgebildete Ökonomen, klug, weltläufig, neugierig, die aber mit Ordnungspolitik als System nicht mehr viel anfangen können. Kollegen, auf die ich trotzdem stolz bin, deren Einstellung ich empfohlen habe, die uns aber „challengen“.

Warum erzähle ich das so ausführlich? Weil ich glaube, dass dieser Blick in die Redaktion der Süddeutschen Zeitung ein Blick in die Wirklichkeit ist. Weil vorhin vom Elfenbeinturm die Rede war – da draußen sind lauter Menschen, die mit Ordnungspolitik und *Ludwig Erhard* nicht mehr viel anfangen können. Das sind nicht alles sozialistische Umverteiler, sondern kluge Kollegen, die aber anders denken. Das bringt mich ins Grübeln, und das will ich mit Ihnen – kurz nur, keine Sorge – teilen.

Ich glaube erstens, dass wir in einer Welt leben, die sich immer schneller dreht, viel schneller als viele von uns das wahrhaben wollen, und in der sich deshalb der Ordnungspolitiker mehr als früher mutwillig infrage stellen muss. Vor einiger Zeit habe ich mit einem klugen, aber störrischen Kollegen eines anderen Mediums geredet, der mir meine ordnungspolitische Positionierung gerne vorzuwerfen pflegt. Die Welt verändert sich, sagt er, auch Wissenschaft entwickelt sich weiter, die Volkswirtschaftslehre muss sich ändern und sie tut das ja auch, nur ihr Ordnungspolitiker, ihr steht da mit euren ewig gleichen Argumenten und bewegt euch keinen Millimeter.

„Wenn die Marktwirtschaft, wenn die Marktprozesse funktionieren sollen, müssen alle Argumente auf den Tisch, müssen alle Marktteilnehmer den möglichst gleichen Wissensstand haben, und das ist dann sogar eine Rechtfertigung für investigative Berichterstattung.“

Das ist ein starker Vorwurf. Erst habe ich ihn natürlich mit Empörung zurückgewiesen, aber der Stachel sitzt. Die Welt verändert sich, sagt mein Gesprächspartner, das stimmt natürlich. *Ludwig Erhard*, das war einmal. Wir sind nicht mehr in der Aufbauphase der 50er Jahre, in der die Wirtschaft richtig Fahrt aufnahm. Seitdem hat sich alles dramatisch beschleunigt, sich die Wirtschaft globalisiert, haben sich die Innovationen potenziert, ist immer mehr virtuelles Geld in der Welt. Die Zerstörung der Umwelt nimmt immer größere Ausmaße an, wir haben immer mehr fragmentierte Arbeitskarrieren, die Vermögensschere in der Gesellschaft geht auseinander. Heute prallen, obwohl es der Gesellschaft insgesamt besser geht, die

Gegensätze brutaler aufeinander als früher, selbst in Deutschland, von anderen Staaten ganz zu schweigen. Die Finanzkrise hat uns, um das Wort eines früheren Finanzministers aufzunehmen, in den Abgrund schauen lassen, die Schuldenkrise hat vielen Staaten dramatisch zugesetzt. Und obwohl Herr *Feld* ja zu Recht darauf hinwies, dass es – von Griechenland abgesehen, und selbst da tut sich was – in den Schuldnerstaaten langsam besser wird, hat die Stabilitätspolitik doch nicht so schnell gegriffen, wie viele von uns das gehofft haben.



Das alles führt dazu, dass immer mehr Menschen auch in Deutschland glauben, es stimme etwas nicht mit unserem Wirtschaftssystem. Die Zahlen und Analysen, die Frau *Köcher* gebracht hat, weisen in diese Richtung. Die Stimmung heute ist grundlegend anders als in den Wirtschaftswunder-Aufbaujahren, als man die Erfolge einer angebotsorientierten Politik quasi täglich erkennen konnte.

Die Volkswirtschaft reagiert darauf, die Ökonomie öffnet sich. Verhaltensökonomie steht hoch in Mode, der Homo oeconomicus, der ja entgegen dem, was manche behaupten, immer nur eine Kunstfigur war – der Maßstab, an dem wir Modelle entwickeln konnten –, ist für viele Ökonomen nicht einmal mehr das. Selbst etablierte Professoren, die früher an die Effizienz des Kapitalismus geglaubt haben, outen sich nun als Marktzweifler und fordern ein „Ende des Imperialismus der Ökonomen“. Dieses Zitat kommt übrigens von einem Ludwig-Erhard-Preisträger.

Und mein Gesprächspartner sagt, nur die Ordnungspolitiker stehen da mit ihren ewig gleichen Argumenten und bewegen sich keinen Millimeter, und er hat nicht ganz Unrecht. Wir nennen ja – auch heute wieder – die ewig gleichen Begriffe: Freiheit, Wettbewerb, Verantwortung. Als Begründung führen wir die Erfolge der

Sozialen Marktwirtschaft seit 1948 an. Wir können mit vielen Daten nachweisen, wie dieses Wirtschaftssystem unter diesem Motto positiv gewirkt hat: Wie viel Beschäftigung wir haben. Wie viel heute gearbeitet werden muss, um ein Auto kaufen zu können. Kürzere Wochenarbeitszeiten. Exportrekorde. Höhere Ruhestandsbezüge. Das ist ja alles wahr, aber es sind eben rückwärtsgewandte Beobachtungen. Die Ängste und Zweifel sind nach vorne gerichtet.

Vielleicht nimmt die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft deswegen dramatisch ab, und das Gefühl der Bedrohung, die Angst vor dem sozialen Abstieg ist allgegenwärtig – sogar bei denen, die eigentlich gar keine Angst haben müssen. Wenn das so ist, dann ist es richtig, den Diskurs zuzulassen, und deswegen halte ich es für zwingend, dass wir überall diese Debatte führen, dass wir für unsere Prinzipien kämpfen, dass man sie auch in einer Redaktion austrägt, dass wir sie mit dem Leser führen. Das erklärt den Binnenpluralismus, den die Süddeutsche Zeitung mehr als mancher Wettbewerber pflegt und der natürlich für den Ordnungspolitiker immer wieder eine große Herausforderung ist. Das ist aber nicht schlimm, denn es ist zweitens eine Ausformung des Wettbewerbs, des Prinzips, das unverändert der beste Motor der Marktwirtschaft ist, zusammen mit Freiheit und Vertrauen und mit Transparenz. Wenn die Marktwirtschaft, wenn die Marktprozesse funktionieren sollen, müssen alle Argumente auf den Tisch, müssen alle Marktteilnehmer den möglichst gleichen Wissensstand haben, und das ist dann sogar eine Rechtfertigung für investigative Berichterstattung.

Drittens und letztens haben wir die Digitalisierung. Mit ihr habe ich mich in den letzten Jahren viel beschäftigt, war im Silicon Valley und an anderen Orten unterwegs. Ich glaube, es kommt hier etwas auf uns zu, was in seiner Bedeutung immer noch unterschätzt wird. Es entsteht eine fundamental neue, ganz andere nicht nur Technologie, sondern auch Wirtschaft, es entstehen neue Lebens- und Arbeitsformen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Interessanterweise wird dieser Wandel typischerweise als Bedrohung wahrgenommen. Angebliche Experten wissen schon genau, wie viele Arbeitsplätze verloren gehen, wann der Roboter den Menschen unterwirft, weshalb wir deswegen ein bedingungsloses Grundeinkommen brauchen, am besten sofort, weil wir bald Massenarbeitslosigkeit haben und so weiter.

„Ordnungspolitik muss nicht neu erfunden werden, aber sie muss sich an diesen neuen Gegebenheiten erproben und sich gegebenenfalls auch weiterentwickeln.“

Ich sehe das anders. Für mich ist die Digitalisierung zunächst mal eine Chance. Wenn es gelingt, ein Miteinander von Roboter und Mensch zu organisieren, wenn es gelingt, die Datenflut und die Möglichkeiten, die mit ihr verbunden sind, zu

organisieren und zu domestizieren, dann kann das die Wirtschaft produktiver und das Arbeiten besser machen. Damit aber nicht Angst und Alarmismus vorherrschen, sondern optimistischer Gestaltungswille Raum greifen kann, müssen die Menschen sich wieder mehr zutrauen. Sie dürfen nicht immer nur auf den Staat blicken, sondern sie müssen bei sich selbst ansetzen, damit sind wir im Kernbereich dessen, was heute auch vielfach betont wurde und was Aufgabe der Ordnungspolitik ist: Wir müssen Mut auf die Zukunft machen und Lust auf die Zukunft.

Das führt übrigens, an die Politiker im Saal gewandt, zu einer kleinen, aber auch nur ganz kleinen Anspielung auf die aktuelle Berliner Politik. Erstens, ich habe nicht so genau verstanden, warum es so schlimm ist, Herr *Lindner*, wenn man Sondierungsgespräche führt, diese nicht auch beenden darf, wenn man den Eindruck hat, das führt zu nichts. Insofern haben Sie nichts falsch gemacht.

Zweitens verstehe ich noch viel weniger, wie man auf die Idee kommen kann, mit Neuwahlen zu drohen, oder diese gar zu fordern. Was soll dabei rauskommen? Es kann doch nur genau so werden wie zuvor, oder noch schlechter. Drittens verstehe ich nicht, wieso in diesem Land eine so große Sehnsucht nach einer großen Koalition herrscht, von der wir doch in den vergangenen Jahren sicherlich die eine oder andere Krise gelöst bekommen haben, aber doch gerade gesehen haben, dass sie eben nicht zu mehr wirtschaftlicher Freiheit und zu mehr Aufbruch und zu mehr Mut in die Zukunft und zu mehr Gestaltungswillen geführt hat. Groß war doch vor allem der Kleinmut.

Deswegen bin ich entschieden der Meinung, dass eine Minderheitsregierung eine gute Lösung wäre, zum Beispiel eine schwarzgrüne Regierung, mit verantwortlicher Duldung gegebenenfalls der FDP, oder bei anderen Themen der SPD. Herr *Lindner*, Ihren Zwischenruf verstehe ich so, dass Sie sich sogar eine Beteiligung der FDP an einer Minderheitsregierung vorstellen können – ich mir auch. Das macht die Politik nicht unbedingt berechenbarer, aber kreativer. Mal sehen, was die nächsten Wochen noch bringen...

Abschließend: Ich kenne *Ludwig Erhard* nicht so gut wie andere hier im Saal. Ich glaube ja, wenn ich es richtig verstanden habe, dass er manchmal gerne spontaner gewesen wäre, als es die Umstände zuließen. Eigentlich müsste er an einer Phase, wie wir sie jetzt haben – damit meine ich nicht den innenpolitischen Stillstand, aber den Veränderungsdruck durch die Digitalisierung, die neue Welt, die neue Wirtschaft, die neuen Gesellschaftsformen, die gestaltet werden müssen –, so richtig Spaß gehabt haben. Die Ordnungspolitik muss nicht neu erfunden werden, aber sie muss sich an diesen neuen Gegebenheiten erproben und sich gegebenenfalls auch weiterentwickeln. Mich damit zu beschäftigen, freudig und gut gelaunt, dafür soll mir dieser Preis eine Verpflichtung sein. Ich verneige mich in Demut und bedanke mich. ■

■ Schlusswort

Roland Tichy

Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung



Liebe Frau Köcher, lieber Herr Beise, vielen Dank für Ihre unterhaltsamen Ansprachen. Herr Beise, ich kann Sie beruhigen: Die Stiftung studiert nicht die Werke von *Ludwig Erhard*, um Antworten auf die Digitalisierung zu finden, und der Vorsitzende lauscht nicht an *Erhards* Grabstein, ob ihm ein Rat zugeflüstert werde. Wie wir *Ludwig Erhard* verstehen, ist exakt so, wie Sie ihn sehen: als Mutmacher. Er hat einen Prozess in Gang gesetzt, der von den Apologeten der Planwirtschaft geradezu herbeigesehnt wurde: Sie hatten schließlich ausgerechnet, dass man nicht mehr sterben darf, denn ohne Planwirtschaft könne es keine Särge geben, und Windeln gebe es deshalb künftig auch nicht mehr. Wir wissen: Das Gegenteil war der Fall. Diesen Mut *Ludwig Erhards* betonen wir und sind sehr fröhlich dabei.

Was mir jetzt noch bleibt, ist der Verweis auf unsere neu erschienene Sammlung der Preisreden. Die Ansprachen der Preisträger aus vierzig Jahren, das ist ein spannendes Kompendium, weil es sowohl die Phasen der zeitgenössischen und aktuellen Wirtschaftspolitik erfasst, aber auch den Umgang der Journalisten damit. Dieses Werk ist möglich geworden, weil unser Mitglied *Dr. Herbert B. Schmidt* kräftig dabei mitgeholfen hat, wofür ich ihm sehr herzlich danke. Sie können dieses Werk bei uns erwerben. Sie wissen aber: In einer Marktwirtschaft gibt es nichts umsonst.

„Die über 80 Reden der Preisträger dokumentieren vier Dekaden des Ringens um Erhaltung und Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft, die den Werten von Freiheit und Verantwortung verpflichtet ist – zeitlos und ohne Verfallsdatum.“

Weiteren Dank habe ich zu richten an die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die uns diesen Rahmen ermöglicht, an die Heinz Nixdorf Stiftung, die uns kräftig unter die Arme greift, sowie an den Verband der deutschen Rauchtobakindustrie für die beiden Preistrophäen. Ich wünsche uns allen noch einen schönen Abend, und vielen Dank an die Zuhörer dafür, dass Sie uns Ihre Zeit geschenkt haben. ■

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik

Die von Ludwig Erhard begründete Soziale Marktwirtschaft verlangt Öffentlichkeit und Akzeptanz. Ihr Bestand hängt nicht nur von politischen Entscheidungen ab: Nur solange die Bürger diese Wirtschaftsordnung als wesentlichen Teil ihrer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsverfassung begreifen, wird die Idee der Sozialen Marktwirtschaft lebendig bleiben.

Um in diesem Sinne Information und Diskussion über die Soziale Marktwirtschaft zu fördern, verleiht die Stiftung den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik sowie den Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik.

Mitglieder der Jury

Dr. Ursula Weidenfeld (Vorsitzende)
Ralf-Dieter Brunowsky
Dr. Peter Gillies
Heike Göbel
Dr. Rainer Hank
Prof. Dr. Thomas Mayer
Dr. Isabel Mühlfenzl
Ulric Papendick
Nikolaus Piper
Dr. Dorothea Siems
Roland Tichy

Preisträger seit 2001

2001: Prof. Dr. Gerhard Fels
Nikolaus Piper

2002: Prof. Dr. Norbert Berthold
Dr. Wolfgang Kaden

2003: Günter Ederer
Prof. Dr.-Ing. E.h. Hans-Olaf Henkel

2004: Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Dr. Wulf D. von Lucius

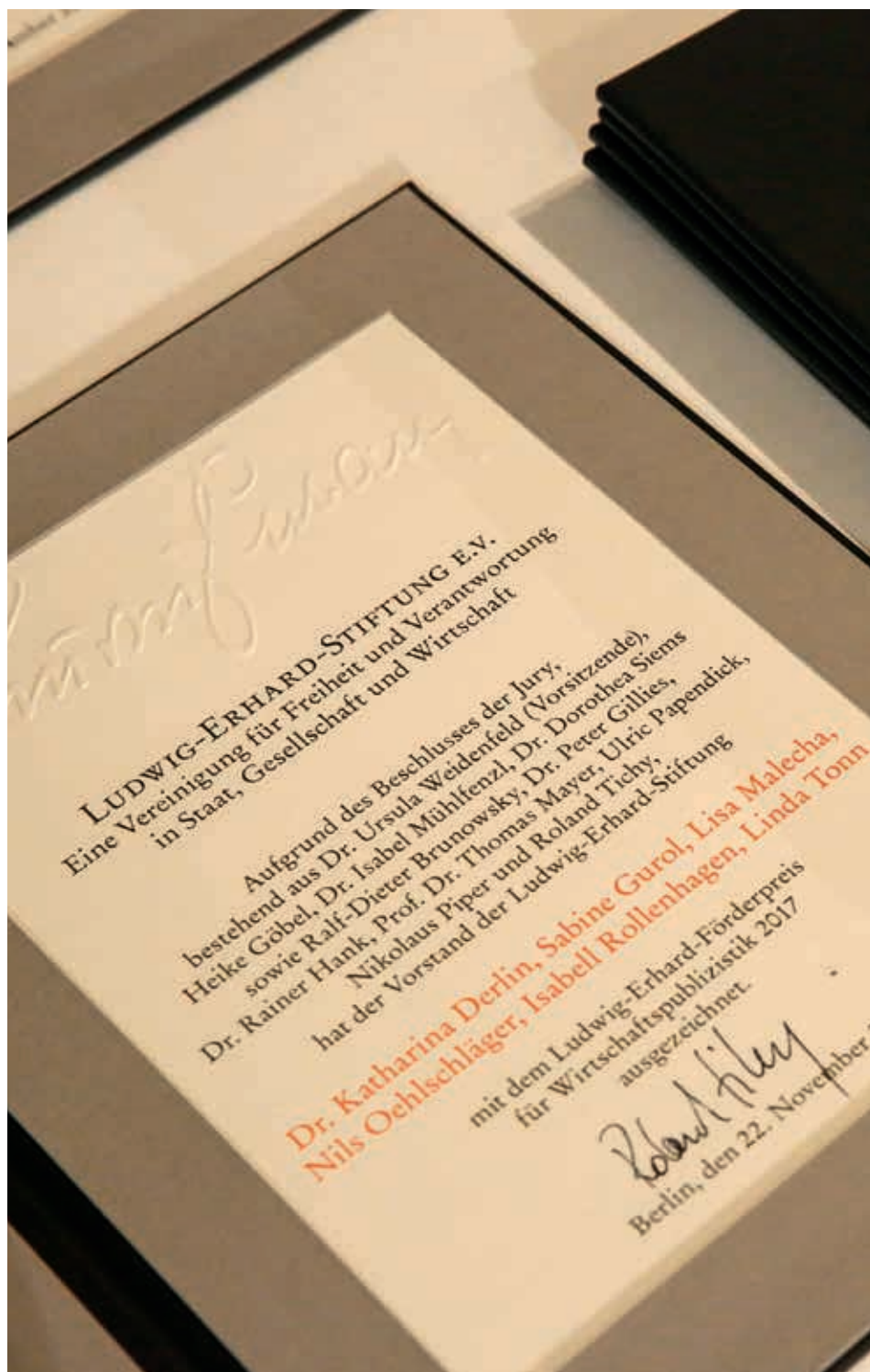
2005: Prof. Dr. Harold James
Dirk Maxeiner/Michael Miersch

- 2006: Heike Göbel
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing
- 2007: Dr. Otto Graf Lambsdorff
Dr. Ursula Weidenfeld
- 2008: Thomas Schmid
Roland Tichy
- 2009: Dr. Rainer Hank
Dr. h.c. Martin Wolf
- 2010: Dr. Karen I. Horn
Roger Köppel
- 2011: Dr. Werner Mussler
Dr. Dorothea Siems
- 2012: Dr. Josef Joffe
Dr. Jens Weidmann
- 2013: Prof. Dr. Niall Ferguson
Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Werner Sinn
- 2014: Wolfgang Clement
Prof. Dr. Werner Plumpe
- 2015: Claus Döring
Dr. Nicola Leibinger-Kammüller
- 2016: Gerhard Schröder
Holger Steltzner
- 2017: Dr. Marc Beise
Prof. Dr. Renate Köcher

Förderpreisträger seit 2001

- 2001: Bettina Bonde
Olaf Gersemann
Dr. Bertram Wiest
- 2002: Margaret Heckel
Silke Wettach
- 2003: Michael Bauchmüller
Dietrich Creutzburg
Marc Brost/Marcus Rohwetter
- 2004: Gerrit Rudolph
Henning Sußebach
Lorenz Wagner
- 2005: Johannes Eber
Lisa Nienhaus
Christian Rickens
- 2006: Mathias Irle
Sonja Kolonko
Jürgen Webermann
- 2007: Juliane Fliegenschmidt/Julia Friedrichs/Eva Müller
Philipp Krohn
Daniel Schäfer
- 2008: Bastian Obermayer
Roman Pletter
- 2009: Sebastian Jost
Dr. Philip Plickert
- 2010: Antonia Götsch
Jens Tönnemann
Frank Wörner
- 2011: Nils aus dem Moore
Sven Prange
Anne Ruprecht/Jasmin Klofta

- 2012: Marlene Halser
Tina Kaiser
Wobbeke Klare
- 2013: Christoph Grabitz
Barbara Kühn
Annina Reimann
- 2014: Patrick Bernau
Andrea Rexer
Christian Salewski
- 2015: Martin Mehringer
Kathrin Werner
- 2016: Prof. Dr. Philipp Bagus
Massimo Bognanni/Simon Book
Florian Meyer-Hawranek
- 2017: Jan Grossarth
Prof. Dr. David Stadelmann
Dr. Katharina Derlin/Sabine Gurol/Lisa Malecha
Nils Oehlschläger/Isabell Rollenhagen/Linda Tonn



Fester Bestandteil der jährlichen Preisverleihung sind die Reden der Preisträger. Anlässlich der 40. Preisverleihung im November 2017 hat die Ludwig-Erhard-Stiftung einen Sammelband der bisherigen Reden herausgegeben. Die Reden dokumentieren vier Jahrzehnte deutscher Wirtschaftsgeschichte und der sie begleitenden Publizistik.

„Die über 80 Reden der Preisträger dokumentieren vier Dekaden des Ringens um Erhaltung und Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft, die den Werten von Freiheit und Verantwortung verpflichtet ist – zeitlos und ohne Verfallsdatum.“ Roland Tichy

Die Realisierung des Buchprojekts wurde möglich durch die Initiative von Dr. Herbert B. Schmidt, Mitglied der Stiftung. Dank finanzieller Unterstützung der „Dr. Herbert B. Schmidt und Ruth Schmidt-Niemack Stiftung“ konnten 300 Exemplare der Festschrift gedruckt werden.

Die Print-Ausgabe ist ausschließlich über die Ludwig-Erhard-Stiftung gegen eine Spende von mindestens 100 Euro erhältlich (solange der Vorrat reicht; zurzeit sind noch rund 100 Exemplare verfügbar). Bei Interesse: Bitte eine kurze Mitteilung an info@ludwig-erhard-stiftung.de oder rufen Sie an: 0228/539 88-0. Als E-Book können die Reden der Preisträger seit 1977 über alle Buchhandlungen oder online, beispielsweise bei Amazon oder eBook.de, erworben werden.



■ Die Ludwig-Erhard-Stiftung

Die Ludwig-Erhard-Stiftung wurde 1967 von *Ludwig Erhard* in Bonn gegründet. Sie ist von Parteien und Verbänden unabhängig.

Die Stiftung hat satzungsgemäß die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Wirtschaft und Gesellschaft durch staatsbürgerliche Bildungsarbeit sowie durch wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Ordnungspolitik zu fördern. Ihre Arbeit dient der Fortentwicklung und Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Stiftung führt Seminare, Symposien und andere Veranstaltungen mit unterschiedlichen Alters- und Zielgruppen durch und veröffentlicht Informationen zur Sozialen Marktwirtschaft.

Wie jede wissenschaftliche und politische Institution lebt auch die Ludwig-Erhard-Stiftung von der Resonanz ihres Tuns in der Öffentlichkeit, von Zustimmung und Kritik gleichermaßen. Sie benötigt dazu aber auch die tatkräftige und finanzielle Hilfe derer, die sich *Ludwig Erhard*, seinen Ideen und seinem Werk verbunden fühlen und dazu beitragen möchten, dass Freiheit und Verantwortung des Einzelnen weiterhin bestimmende Elemente unserer Existenz bleiben.

Unterstützen Sie die Ludwig-Erhard-Stiftung durch eine
Spende oder Ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis!

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.
Der **QR-Code** führt Sie zu unserem Internetauftritt.



■ Kontakt

Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.
Johanniterstraße 8
53113 Bonn

Telefon 02 28/5 39 88-0
Telefax 02 28/5 39 88-49

info@ludwig-erhard-stiftung.de
www.ludwig-erhard-stiftung.de

■ Spenden

Deutsche Bank AG Bonn
IBAN: DE39 3807 0059 0027 2005 00
BIC: DEUTDE3303

Die Arbeit der Ludwig-Erhard-Stiftung
wird durch die Heinz Nixdorf Stiftung
gefördert.

 **Heinz Nixdorf Stiftung**



Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.
Johanniterstraße 8
53113 Bonn
Telefon 02 28 / 5 39 88-0
Telefax 02 28 / 5 39 88-49
info@ludwig-erhard-stiftung.de
www.ludwig-erhard-stiftung.de